

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 17. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement - Preis vierteljährlich 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, halbjährlich 5.00 RM, einjährig 10.00 RM. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsausgabe mit Illustration 10 Pf. Postabonnent: 1.10 RM pro Monat. Eingetragene in die Post. Zeitungs-Vertrieb. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 RM, für das übrige Ausland 3 RM pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfusions-Gebühr
Beitrag für die hochgehaltene Kolonien- oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“ das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Block der Reaktion.

Das Zentrum tritt für Ausbeutungsfreiheit ein, wo es gilt, versinkenden Mittelschichten das Leben zu fristen; es plädiert für Arbeiterfajug, wenn und soweit die Geschäftsinteressen des Großkapitalismus dadurch gefördert werden. Klar und deutlich erhellt diese Verbindung großkapitalistischer und mittelstandsbreiterischer Tendenzen aus seiner Agrarpolitik. Einsichtige Anhänger des Zentrums waren sich vom ersten Augenblick darüber klar, daß Schutzzölle dem selbstwirtschaftenden Klein- und Mittelbauer nicht zu helfen vermöchten. Nicht nur der westfälische Bauernkönig v. Schorlemer-Nist wandte sich noch 1878 gegen diese und jede andere Art der Produktverwertung, eine stattliche Anzahl literarischer Zentrumsforpöhnen verurteilt die heutige Steuerpolitik aus wirtschaftlichen, rechtlichen und religiösen Gründen. So schreibt, um nur eine Stimme unter vielen sprechen zu lassen, Bachtler von einer „grausenhaften Massenarmut“, die durch das Besteuerungssystem, besonders durch „Mißbräuche in der indirekten Steuer“, gefördert werde. Was an Staatslasten auf die Plutokratie entfalle, sei eine Bagatelle, verglichen mit der Bürde, welche die Armen und Halbarmen zu tragen hätten. Die ökonomische Kluft zwischen reich und arm werde nicht nur täglich größer und das Proletariat zahlreicher, „sondern die Forderungen des radikalen Sozialismus gewinnen den Anschein der Berechtigung, indem die „Expropriation der Expropriateurs“ als Art der notwendigen Rückerrstattung auftritt.“

Aber gerade in der Frage der Schutzzölle offenbarte sich mit nicht mißzuersehender Augenscheinlichkeit, daß in der Politik die materiellen Interessen das primäre, die Ideologien lediglich ein sekundäres Moment darstellen. Die Befreiung der bürgerlichen Parteien vom Freihandel zum Schutz Zoll ging mit verblüffender Schnelligkeit vor sich. Als Bismarck Ende der siebziger Jahre die Säuwendung in der gesamten inneren Politik vorbereitete, nannte er in einer bekannten Reichstagsrede die direkten Steuern einen harten und plumpen Notbehelf. Nur die Einkommensteuer „der wirklich reichen Leute von etwa 6000 Mark Einkommen an“ solle man beibehalten, „nicht als Finanzsteuer, sondern mehr als Ehrensteuer“; sie könne ja so ungeheuer viel nicht einbringen. Die indirekte Steuer empfehle sich als weniger fühlbar.

Für die Liberalen und die Konservativen waren das „populäre Wahrheiten“ und für das Zentrum nicht minder. Namens des letzteren erklärte sich Windthorst „in der Forderung, die direkten Steuern in indirekte zu verwandeln oder durch Einführung indirekter die direkten zu vermindern, mit dem Reichskanzler einverstanden“. Da die Bewilligung aber in verschiedenen Parlamenten lag, war er besorgt, daß das „Procedere“ auch „Zug um Zug“ vor sich gehe. Innerlich freilich war Windthorst ein Gegner wie des Militarismus so auch des Schutz Zollsystems. Ein literarischer Biograph macht sich ein späteres Urteil der „Frankf. Ztg.“ über ihn zu eigen: „Dem Bestreben, seine Partei für die letzten Ziele einig und stark zu erhalten, hat er viel geopfert und zuweilen als tüchtler Realpolitiker auch seine eigene Ueberzeugung untergeordnet in Fragen, die anderen als unantastbare Prinzipien gelten. Er hat der Schutz Zollpolitik und dem Militarismus nachgegeben, als er glaubte, daß er gegen die Strömung nicht mehr ankämpfen konnte, ohne die Partei zu sprengen und damit die Wurzel seiner Macht zu zerstören.“ Die Vorgänge, die damals den Zerfall des Zentrums in greifbare Nähe gerückt hatten, lagen auf wirtschaftlichem Gebiete.

Dem Fortschritt zum Großkapitalismus Deutschlands ging wie allenthalben in Westeuropa eine Steigerung der Grundrente voraus. Zwischen den Landesteilen östlich und westlich der Elbe bestand jedoch eine große Verschiedenheit der ländlichen Besitzverhältnisse. Bedingt durch eine teilweise bis ins Mittelalter zurückreichende Entwicklung waren im Westen Mittelbesitz und Parzellenwirtschaft vorherrschend geworden, während im Osten die Latifundien überwogen. Bis in die 70er Jahre hingen die Agrarier als Getreideexporteure dem Freihandel an. Da setzte die Konkurrenz der nordamerikanischen Kolonisation, des argentinischen, indischen, kanadischen, australischen Getreides ein und die Grundrente fiel. Dies hätte auf die Dauer zum offenen Interessenkonflikt zwischen Groß- und Kleinbesitz führen müssen, und ihn zu verhindern, war für das Zentrum eine Lebensfrage. Es war die erste Partei, in der der Protektionismus Fuß faßte. Die Schutzzölle nützen zwar an und für sich nur den kapitalistischen Formen der Landwirtschaft. Aber sie boten das Mittel, den Gegensatz innerhalb der Landwirtschaft zu verschleiern, Groß- und Kleinbesitz zu einer gemeinsamen politischen Aktion von aussichtsreicher Dauer zusammenzuschließen. Auch hier besorgte das Zentrum die Lasten, die Interessen der proletarischen Schichten nicht voll zur Entwicklung gelangen zu lassen. Die Arbeiterfajug zerplitterte es später unmittelbar, Handwerker und Bauern band es künstlich an die Interessen der Bourgeoisie.

Bald taten sich alle vom Sinken der Grundrente betroffenen Schichten zu einem gemeinsamen protektionistischen Vorgehen zusammen. Es fand seinen politischen Ausdruck in

einer engeren Annäherung von Zentrum und Konservativen. Dieses Bündnis richtete seine Spitze wider die Liberalen, wurde es doch erst dann wirkungsvoll, wenn der Liberalismus aus seiner parlamentarischen Herrschaft verdrängt und in die Gefolgschaft jener beiden Parteien gezwungen ward. Und auch hierzu boten gerade die Schutzzölle die Handhabe. Denn sie fördern den Kapitalismus nicht nur in der Landwirtschaft, sondern sind ein mächtiger Hebel seiner allgemeinen Entfaltung.

Die Verwandlung direkter Steuern in indirekte oder eine Herabminderung jener durch Einführung dieser läßt sich der Kapitalismus gern gefallen. Er hat nichts zu erinnern, wenn die Staatslasten in wachsendem Grade auf die Besitzlosen abgeburdet werden. Daß das der Landwirtschaft geliebte Kapital zinsfähig bleibt, daß der Wert des Bodens und seine Verschuldungsgrenze und damit die Ausbeutungsmöglichkeit der ländlichen Arbeit steigen, findet gleichfalls seine Billigung. Von der ausländischen Konkurrenz befreit, plündert das heimische Kapital patriotisch den nationalen Markt. Es vermehrt sich schneller und in wachsender Progression; die Industrien konzentrieren, syndizieren, kartellieren sich. Die Tendenz zum Monopol und zu wucherischer Ausnutzung desselben tritt offen und offener hervor. Ein Ueberfluß an Kapital entsteht, der im Inland keine Unterkunft findet. Er wird größer und drängt energisch ins Ausland. Die Aera der Weltpolitik hebt an! Das Proletariat bezahlt sie, das Kapital verdient daran. Landheer, Flotte, Kolonien — drei Geschäftszweige mit Riesengewinnen! Sie stürzen den Staat in ein Meer von Schulden, das Kapital streicht Emissionsdifferenz und Zinsen ein. Und wie das eigene Land unterjocht es andere Völker friedlich durch die Börse.

Aber die Schutzzölle verteuern die Produktion und drücken auf den Konsum der Massen. Die schnellere Sättigung des Marktes vermindert den Abfluß an Kapital, die Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie gelangen nicht mit voller Wucht zum Austrag. Der Protektionismus bedeutet für die besitzenden Klassen nicht nur Konzentration des nationalen Kapitals, er ist auch Mittel der Profitverteilung. Während er den Klassenkampf wider das Proletariat verschärft, läßt er den Interessenkonflikt der kapitalistischen Gruppen untereinander nicht zur letzten jeweils möglichen Entfaltung kommen und wirkt so als Hebel der Sammlungs politik. Politisch wie wirtschaftlich ist mithin der Kapitalismus an der Schutz Zollpolitik im höchsten Grade interessiert, und deshalb sind die liberalen Parteien, die ihn parlamentarisch vertreten, die geborenen Heloten des konservativ-kerikalen Bundes, der mit der Verbedung des Gegenjages von großer und kleiner Grundwirtschaft erst die Vorbedingung der Schutz Zollpolitik geschaffen hat.

Daraus erklärt es sich, weshalb die Liberalen wirtschaftlich ziemlich alles, politisch nichts erreichen. So bringt auch die Modära der Börse in den Kolonien freien Spielraum, aber von politischen Konzessionen an den Freihandel ist keine Rede. Doch der Block ist ein politisches Umding und eine vorübergehende Erscheinung. Nicht allein sind sich die Spekulant der Rutte und des Säbels in der Grundfrage einig, der Steigerung ihres Profits durch Steigerung der Grundrente, und der Weg zur beiderseitigen Verständigung mithin nicht allzu schwer zu finden. Der reaktionäre Block des Zentrums und der Konservativen ist denn auch durch den Streich Bülow's und die letzten Wahlen nicht gelodert, sondern innerlich gefestigt worden.

Liberaler Politik wäre in Deutschland nur möglich, wenn der Kampf zwischen ländlichem Groß- und Kleinbesitz offen entseffelt, wenn nicht nur die politische, sondern vor allem die wirtschaftliche Einheit von Zentrum und Konservativen und damit des Zentrums selber zerrissen würde. Das letztere war es, was Bülow verjuchte und was ihm mißlang. Es bedarf nach dem Gesagten keines Wortes mehr, warum es mißlingen mußte, warum seine Wahlparole wider das Zentrum mit dialektischer Notwendigkeit in eine solche wider die Sozialdemokratie umschlug. Und da die Liberalen die Voraussetzungen einer liberalen Politik nicht wollen und ernstlich gar nicht wollen können, wird es in Deutschland nicht allein keine liberale Aera geben. Dagegen hat die Reaktion dauernden Gewinn. Der Liberalismus kann seinen Schritt vom 25. Januar nicht mehr zurücktun, schon deshalb nicht, weil er ein Ausfluß des verschärften Klassenkampfes, der Schutz Zollära selber war. Er ist dazu verdammt, für die Reaktion zu sein, und die glorreiche neue Konstellation im Reichstage ändert daran nicht das geringste.

Der Fall Keppler-Günter.

Der Versuch der römischen Kirche, die Universität unter ihre Vohnhägigkeit zu bekommen, hat in Württemberg zu einer empfindlichen Niederlage der ultramontanen Herrschaft geführt. Am Sonnabendnachmittag publizierte der württembergische „Staatsanzeiger“ die Entscheidung in Fall Keppler-Günter. Man muß sagen, an Deutschtätigkeit und Entschiedenheit läßt die Antwort, die das Ministerium dem Rottenburger Bischof Dr. Keppler erteilt, nichts zu wünschen übrig. Aber auch der Lüzinger Professor Dr. Günter, der seine Lehrtätigkeit so willig den Rottenburger Wünschen anpaßt, muß sich eine Kopfwäsche gefallen lassen, die angesichts der neudeutschen Professoren-Schmieglamkeit wahrhaft erschreckend wirkt.

Der Lüzinger Professor Dr. Günter gehört der philosophischen (nicht der theologischen) Fakultät an. Er bekleidet die etatmäßige außerordentliche Professur für Geschichte, die herkömmlichweise mit Rücksicht auf die Studierenden der katholischen Theologie mit einem Gelehrten katholischer Konfession besetzt wird. Neben seinen größeren Vorlesungen hatte Dr. Günter schon als Privatdozent im Wintersemester 1901/02 und im Sommersemester 1902 ein einständiges Kolleg über „Mittelalterliche Heiligenlegenden“ gelesen, und diese Vorlesungen bis 1906 fortgesetzt. Im Mai 1906 veröffentlichte Dr. Günter sein Buch „Legendenstudien“, dessen Inhalt die ultramontanen Kreise sehr aufregte, obgleich es so harmlos wie möglich ist. Der Bischof Dr. Keppler gab dem Professor einen garten Wink, von der Behandlung dieses Gegenstandes abzusehen, „bis sich die Erregung gelegt habe“. Professor Günter folgte diesem Wink ohne zu mucken.

Anfangs des Wintersemesters 1907/08 glaubte Professor Günter, die „Erregung“ habe sich genügend „gelegt“. Er kündigte also an, daß er seine einständigen Vorlesungen über „Heiligenlegenden“ fortsetzen werde. Damit kam er aber beim Bischof des an. Der Bischof ließ den Professor durch den Direktor des katholisch-theologischen Komitees Dr. Red „ersuchen“, die angekündigte Vorlesung fallen zu lassen. In der „freundschaftlichen Unterredung“ des Direktors und des Professors ließ Dr. Red die Bemerkung fallen, falls Günter sich den „Wünschen“ des Bischofs nicht füge, könne er, der Direktor, in die Lage kommen, den Konviktooren den Besuch der Vorlesungen Günters zu verbieten.

Die Folge der Unterredung war, daß Professor Günter sich widerspruchslos fügte. Er wagte nicht einmal der philosophischen Fakultät oder dem Senat Anzeige von dem Vorgehen des Bischofs zu machen. Es verlanter, Professor Günter habe sein Debüt als kirchlicher Märtyrer damit zu entschuldigen versucht, daß er bezweifelt habe, bei einem Konflikt mit dem Bischof bei seinen Kollegen Unterstützung zu finden. Herr Professor Günter muß demnach, was die Rückgratstärke, Ueberzeugungstreue und Kollegialität der deutschen Professorenschaft anbetrifft, seltsame Erfahrungen gemacht haben.

Das württembergische Kultusministerium stellt nun in seiner Entscheidung fest, daß der Fall Günter mit der letzten päpstlichen Enzyklika gegen den Modernismus insofern in keinem Zusammenhang steht, als er sich vor dem Ertrag der Enzyklika, nämlich am 4. August d. Z. abspielte. Das Ministerium teilt ferner mit, daß, als die Geschichte nachbar wurde, die philosophische Fakultät beim Senat sich beschwerte über das Vorgehen der kirchlichen Behörde. Bei der Erstattung des eingehenden Berichtes an die Regierung hat der Senat sich die Beschwerde der philosophischen Fakultät nicht nur zu eigen gemacht, sondern auch ein amtliches Einschreiten gegen den Professor Günter gefordert. Das Ministerium hat nun dem Professor Günter eröffnen lassen, es sei aufgefallen, daß er auf den vom Bischof gegebenen Rat und auf die Drohung des Konviktsdirektors sofort auf die Abhaltung der Vorlesung verzichtet habe, obwohl er als Mitglied der philosophischen Fakultät hinsichtlich der Ausübung seiner Lehrtätigkeit vom Bischof unabhängig sei. Jedenfalls wäre Dr. Günter verpflichtet gewesen, von der Nichtabhaltung einer zuvor angekündigten Vorlesung der zuständigen amtlichen Stelle Anzeige zu erstatten.

Dr. Günter habe durch sein nicht zu billigendes Verhalten den staatlichen Behörden von vornherein die Möglichkeit genommen, ihn gegen das von ihm selbst als Eingriff in seine Lehrtätigkeit empfundene Vorgehen der kirchlichen Behörden zu schützen.

Diese scharfe Zurechtweisung des furchtamen Professors gewinnt dadurch noch an Bedeutung, als sie sich in der Hauptsache, wenn auch indirekt, gegen den Bischof selber wendet. Dem Konviktsdirektor Red, dem Werkzeug des Bischofs, wird eröffnet, daß er seine Amtsbefugnisse durch die Androhung einer Maßnahme, deren Anordnung im vorliegenden Falle der Konviktskommission zugestanden wäre, überschritten habe und daß in Zukunft von ihm erwartet werde, daß er bei der Leitung des Konvikts sich genau an die gegebenen Vorschriften halte.

Dem Bischof als dem eigentlichen Urheber des Konflikts wird gesagt, daß er zwar das gesetzliche Recht habe, über die religiöse Erziehung der Konviktszöglinge zu wachen, auch insofern, daß diese Erziehung nicht durch die ihnen gebotenen wissenschaftlichen Vorträge gefährdet werde. „Dagegen kann nach Ansicht des Ministeriums hieraus nicht die bischöfliche Befugnis abgeleitet werden, zu dem gedachten Zwecke gegenüber einem Universitätslehrer eine auf die Vereinfachung seiner Lehrtätigkeit abzielende Einwirkung auszuüben.“ Nach gesetzlicher Vorschrift könne „gegen einen Lehrer der katholisch-theologischen Fakultät der Universität, dessen Lehrvorträge nach dem Urteil des Bischofs wider die Grundzüge der katholischen Kirchenlehre verstößen, eine Verfügung nur von der Staatsregierung getroffen werden. Dieser Grundfajug muß unsonst Anwendung finden, wenn es sich um einen der philosophischen Fakultät angehörigen Universitätslehrer handelt.“

Der „Rat“, den der Bischof dem Professor erteilt hat, wird sodann unter Berücksichtigung der Stellung, die der Bischof den Angehörigen seiner Diözese gegenüber einnimmt, sehr richtig als „eine die wissenschaftliche Stellung des betreffenden Lehrers gefährdende Beschränkung der akademischen Lehrfreiheit“ charakterisiert.

und dem Bischof nochmals bedeutet, daß er sich mit etwaigen Beschwerden an das Ministerium zu wenden habe.

Daß bei einer hiernach etwa erforderlichen staatlichen Verfügung der Grundsatz der akademischen Lehrfreiheit Beachtung finden wird, versteht sich von selbst," lautet die ministerielle Antwort.

Die Entscheidung des württembergischen Kultusministeriums steht vorläufig von dem Verhalten des preussischen Kultusministers im Straßburger Falle sowie beim Sommer-Konflikt ab. So entschieden ist die Kritik Annahme von einer deutschen Regierung selten zurückgewiesen worden.

Kullifengedichte.

Eine Rippenfellentzündung und ein ungeborener Vergleich haben gestern die erwartungsvollen Zuhörer, die sich im kleinen Schwurgerichtssaale des alten Kriminalgerichtgebäudes in Moabit zum zweiten Prozeß Molke-Garden eingekauft hatten, um die erhofften Sensationen gedeutet. Eine Rippenfellentzündung und ein ungeborener Vergleich — hohle Leute wollen behaupten, daß beides gleich sei. Wir müssen es dem Scharfsinn unserer Leser überlassen, wenn sie mehr Einfluß auf die Berichterstattung besitzen wollen, der Rippenfellentzündung oder dem ungeborenen Vergleich. Daß die hohle Leute nicht recht haben können, beweist der Umstand, daß zwei Ärzte die Rippenfellentzündung begutachtet haben. Und außerdem ist Herr Oberstaatsanwalt Hienbiel überzeugt, daß Herr Garden wirklich sehr bedauert, nicht erscheinen zu können.

Herr Garden ist's nämlich, der die Rippenfellentzündung hat und der den Vergleich nicht hat. Er war's, der diesmal fehlte — im ersten Prozeß war's eine andere Hauptperson, der Fürst Philipp Eulenburg. Der Prozeß soll der Prozeß der Unschicklichkeiten bleiben.

Der Zeugnende des ersten Prozesses war übrigens diesmal erschienen. Fürst Philipp Eulenburg meldete sich beim Zeugenaufruf. Er erfüllte den Wunsch Gardens, der im ersten Prozeß nicht laut genug verstanden konnte, wie sehr er danach dürfte, dem Liebendergeran-Oberstaatsanwalt gegenüberzutreten. Jetzt war er da — aber der Gegner fehlte. Die Situation ist eine andere geworden. Fünf Männer sitzen am Tische des Gerichts, wo damals der Amtsbrieger und die beiden süßen Schöffen saßen, und der Platz des öffentlichen Anklägers, der damals leer war, ist jetzt von zwei Männern besetzt, davon der eine, der das Wort führt, der gefürchtete Oberstaatsanwalt Hienbiel ist, der schon so manchen Frevler am „Wohl des Staates“ zur Strecke gebracht hat, und der wenig geneigt ist, eine Sache zu übernehmen, durch die er den Autoritäten im Staate nicht zu nützen vermeint. (Der „Vorwärts“ konnte davon vor Jahresfrist erzählen. Ein vertraulicher Bericht war ihm aus dem Tisch geflogen, worin der Herr Oberstaatsanwalt dem Kolonialdirektor empfahl, von der Verfolgung einer Anklage gegen den „Vorwärts“ wegen Beleidigung der südwesafrikanischen Schutztruppe abzusehen, weil der „Vorwärts“ die Zeugnisse unzufriedener Südwesafrikaner für sich ausnutzen könne.)

Ein schlimmer Wechsel der Situation für Herrn Garden ist in wenigen Wochen erfolgt. Damals im ersten Prozeß konnte er stolz die Staatsanwaltschaft, die sich dem Strafanklage des Gegners versagt hatte, für sich ins Feld führen. Damals konnte er seinen Fall als einen außerordentlichen sehen, konnte er anführen, daß der übliche Verlauf einer solchen Angelegenheit in Deutschland die Erhebung der öffentlichen Anklage und die Verurteilung des frechen Zeitungsschreibers zu harter Strafe ist. Er hatte zu früh triumphiert. Heute ist der Arm der Staatsgewalt ausgereckt wider den frechen Schreiber der „Zukunft“. Heute ist Graf Anno v. Molke nicht bloß Kläger, sondern auch Zeuge. Und das freisprechende Urteil der ersten Instanz ist wie weggeschwiffen nach dem Willen der Staatsanwaltschaft und des Gerichts.

Die Lage ist sehr verändert. Im ersten Prozeß rief Garden stolz: „Ich hab's gewagt!“ und erklärte mit dem ganzen Ernst innerlichster Empörung, der ihm zur Verfügung steht, daß für ihn ein Vergleich mit dem Grafen Anno v. Molke ausgeschlossen sei, „und wenn ich ins Justizhaus müßte!“ (Herr Garden mußte ganz gut, daß keine Justizhausstrafe auf dem Vergehen stand, dessen er angeklagt war.) Heute — heute schweben Vergleichsverhandlungen und die „National-Zeitung“ behauptet mit brutaler Bestimmtheit, daß „Graf Molke und seine Verteidiger keine Schritte getan haben, um einen Vergleich herbeizuführen, im Gegenteil, sie haben alle an sie herangetretenen Vorschläge als unannehmbar abgelehnt.“ Dagegen seien allerdings sowohl von Seiten des Herrn Garden wie seiner Freunde wiederholt Versuche in dieser Richtung gemacht worden. Und das „Berliner Tageblatt“ meldet, daß der Vergleich bis jetzt nur daran gescheitert sei, daß Maximilian Garden sich weigert, sein Bedauern über die gegen den Grafen Molke aufgestellten Behauptungen auszusprechen.

Ein Vergleich liegt in der Luft. Ein Vergleich soll die schlimmen Dinge bedeuten, die die Luft des Deutschen Reiches verpestet haben. Und bei der Persönlichkeit des Angeklagten ist es nicht ausgeschlossen, daß er zustande kommt. Dann erhielte die öffentliche Meinung des deutschen Bürgertums einen fünfzigjährigen Leibschlag zum Weihnachtsfeste, bei dessen guten Wirkungen sie schnell vergessen könnte, was sie vor einigen Wochen an bösen Dingen über Samaritaner und deutsche Regierungswerte, über die Qualitäten der Herrschenden hören mußte. Recht wichtig zum Feste des Friedens, das den Menschen ein Wohlgefallen bringen soll. Es gibt indes einige Millionen in Deutschland, die für solche Botschaften kein geneigtes Ohr besitzen und die über ein gutes Gedächtnis verfügen.

Die Vorgänge im Gerichtssaale boten wenig Berichtenswertes. Der Herr Dr. Marx, der Gerichtsarzt des Kreises Teltow, befandete zu Anfang, daß er von Gardens Bruder Geheimrat Wittig zu diesem geholt worden sei.

Ueber den Befund erklärte er:

„Der Angeklagte hat anscheinend früher eine Rippenfellentzündung gehabt, von der vielleicht eine Schwäche zurückgeblieben ist. Auf Grund dieser alten Krankheit hat sich jetzt eine neue Neigung herausgebildet, zugleich besteht eine erhebliche nervöse Erschöpfung. Ich halte es deshalb für ausgeschlossen, daß der Angeklagte heute vor Gericht erscheint, und daß er fähig ist, einer Gerichtsverhandlung zu folgen. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß in ein paar Tagen eine vollkommene Heilung eintritt. Ich halte es aber doch für möglich, daß wenigstens der akute Reizzustand auf nervösem Gebiet nach ein paar Tagen Ruhe beseitigt wird. Genauere Zahlen lassen sich natürlich nicht angeben. Eine vollkommene Ruhe von vier bis fünf Tagen wird vielleicht genügen, den Angeklagten wieder herzustellen, daß er verhandlungsfähig wird.“

Der Gerichtshof verlas sich darauf bis 12 Uhr. Nach der Wiedereröffnung berichtete der vom Gericht zu Garden entsandte Medizinalrat Hoffmann über seinen Befund:

Garden hat festige Kopfschmerzen, Hustenanfälle und eine reichliche Brustfellentzündung. Ob diese Anfälle von einer neuen schweren Krankheit führen oder im Entstehen wieder verschwinden, ist zweifelhaft. Ich möchte eher annehmen, daß es sich um einen leichteren Fall handelt. Es wäre doch vielleicht zu versuchen, Herrn Garden am Donnerstag zu vernehmen.

Bemerkenswert ist außerdem noch die folgende Äußerung des Herrn Oberstaatsanwalts Dr. Hienbiel:

Der Angeklagte kann versichert sein, daß seitens der Staatsanwaltschaft alles geschehen wird, um seine Nerven so sehr als irgend möglich zu schonen.

Kein Friede auf Erden!

Die Weihnachtszeit scheint für den Bloch keine Friedenszeit werden zu wollen. Der konservative Delegiertentag hat ja bereits auch jeder Spur von Liberalismus den Krieg erklärt. Dieser Kriegserklärung schließen sich die führenden konservativen Blätter mit lauter Begeisterung an. Könnte Herr Kaumann noch lernen, er hätte jetzt Gelegenheit dazu das Panzerinfanterien zu erlernen. Und die Konservativen gehen schonungslos vor und nehmen nicht einmal auf die heiligsten Gefühle des Portemonnaie-liberalismus Rücksicht. Gerade gegen die Börsennovelle richten sich ihre Drohungen. Die „Neue Zeitung“ erklärt:

„Von den Gründen, die vor elf Jahren die Konservativen bei der Börsenreform gelehrt haben, ist keiner hinfällig geworden. Zu einer so einschneidenden Veränderung, wie der Entwurf sie vorschlägt, liegen für uns keine zureichenden sachlichen Gründe vor, und es wird Aufgabe der konservativen Fraktion sein, bei dieser Gelegenheit das do ut des roht nachdrücklich zu betonen. Die Gegenrechnung wird dem freisinnigen Blochverbänden nicht erspart werden.“

Diese Ausführungen werden von der „Deutschen Tageszeitung“ noch stark unterstrichen. Sie verlangt sogar noch eine Verschärfung des Börsengesetzes und erklärt, daß „der Entwurf ohne erhebliche Abänderung keine Mehrheit im Reichstage finden wird. Auch sie rechnet übrigens mit einer liberalen „Gegenleistung“, also mit der Erfüllung einer besonders reaktionären Forderung und hat neulich schon verkündet, daß vor deren Erfüllung an die Verabschiedung des Börsengesetzes nicht zu denken sei. Daß dieses typische Erpresserpolitik ist — man droht dem Börsenfreisinn mit der Zustimmung von Vermögensnachteilen, um durch diese Drohungen bestimmte Leistungen zu erzwingen, — hat für Konservative keine Bedeutung. Dem Freisinn wird der Revolver auf die Stirn gesetzt und er weiß, daß losgedrückt wird, wenn er nicht Junkerorden pariert.

Kein Wunder, daß es dem braven Freisinn immer unheimlicher wird. Selbst das getreue Gefolgsweib Wilows, die „Frank. Ntz.“ wird rebellisch. Die konservativen Grundzüge, groß sie „erlauben, wie die Generaldebatte über das Vereinsgesetz und namentlich über das Börsengesetz gezeigt hat, also über zwei Spezialaufgaben der sogenannten Blochpolitik eine Unterstützung nur in sehr beschränktem Maße, in so beschränktem, daß man eher von einer Gefährdung als von einer Unterstützung sprechen kann. Noch bedenklicher ist, daß die konservative Partei sich bei der Lösung der Reichsfinanzreform nicht nur jeder Einschränkung einer direkten Reichsteuer, sondern auch der Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer, an die man als eine Vermittlungsbasis bis zuletzt gedacht hat, konsequent widerlegt. Das ergibt wirklich eine ungemein schwierige Lage für die nächsten Entscheidungen im Reich.“

Dann läßt sie durchblicken, daß der Freisinn, wenn er anders den Bloch erhalten will, doch schließlich indirekte Steuern wird anzunehmen haben, wobei vor allem der Branntwein und der Zehack in Frage kommen. Wilow hat sich also offenbar den Junkerboten Rheindobens doch schließlich gefügt.

Noch wichtiger aber ist, was das Blatt über das preussische Wahlrecht zu sagen weiß:

„Der konservative Parteitag will von einer Reform des preussischen Wahlrechts nichts wissen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meint zwar, zu den deutschen Grenzgebieten, die er aufweist, gehöre der Widerspruch gegen die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf den preussischen Landtag. Wir glauben, diese Auffassung ist zu optimistisch. Der konservative Delegiertentag und die konservativen Lehnen nicht nur das Reichstagswahlrecht für Preußen ab, sondern wir haben den Eindruck, daß sie überhaupt jede Reform dieses Wahlrechts ablehnen, wenigstens in ihrer Mehrheit. Das wird sich im Januar, bald nach dem Wiederbeginn der Sitzungen des Abgeordnetenhauses, zeigen. Es heißt, daß in der letzten Zeit mit Abgeordneten verschiedener Parteien über diese Wahlrechtsfrage verhandelt worden ist, wir glauben aber, daß dabei nicht viel herausgekommen ist.“

Entschieden ist darüber gewiß noch nichts, und es wird sich fragen, ob selbst beschiedene Erwartungen erfüllt werden.“

Das heißt mit anderen Worten: In der wichtigsten politischen Frage hat die Blochpolitik, was allerdings keinem politischen Urteilsfähigen je zweifelhaft sein konnte, schmächtig Konkrott gemacht. Unter solchen Umständen muß die Arbeiterklasse darauf gefaßt sein, daß die Antwort auf die Wahlrechtsinterpellation eine Kriegserklärung der Regierung an die Arbeiter bedeuten wird. Die Konservativen haben gesprochen, die Sache ist beendet. Wir haben das vorausgesehen und wir werden es mit Freunden begrüßen, wenn endlich unzweifelhaft Klarheit geschaffen wird. Die Regierung mag sagen, was sie verantworten zu können glaubt. In der Wahlrechtsfrage aber gibt es für das preussische und das ganze deutsche Proletariat kein Zurück, sondern nur ein Vorwärts! Will die Regierung den Krieg, so mag sie ihn haben und sie mag wissen, daß es ein langer und schwerer, aber auch ein unablässiger Kampf sein wird, in dem es keine Ruhe geben darf, bis der Erfolg errungen ist.

Die Dreiklassenwahl ist unerträglich, sie greift an die Ehre eines jeden einzelnen Arbeiters. Die Erringung des gleichen Rechts ist eine Notwendigkeit unserer politischen Entwicklung überhaupt, ihre Durchsetzung ein eiserner Zwang für das Proletariat. Noch hat die Regierung Zeit. Lebt in ihr eine Spur Vorantst, eine Spur politischen Verantwortlichkeitsgefühls, so wird sie eine freche Provokation, wie sie die Verweigerung des Rechts der Arbeiter darstellen würde, vermeiden.

Ein Militärprozeß.

Vor der Strafkammer in Köln stand Genosse E. Andree als verantwortlicher Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ unter der Anklage, die Hauptleute v. Knapp und Mohr durch einen Artikel beleidigt zu haben, der im Juli dieses Jahres erschienen und worin Klage geführt wurde über die übermenschlichen Anstrengungen der zu einer Uebung einberufenen Landwehrlente des 85. Infanterieregiments in Köln; als Gegenleistung, so sagte der Artikel, hätten die Leute ein Essen bekommen, das von ihnen als unappetitlich und ungenießbar bezeichnet worden sei. Die beiden Hauptleute bestritten als Zeugen die Angaben des

Artikels, ebenso eine Reihe anderer Offiziere und aktiver Unteroffiziere. Hauptmann v. Knapp meinte, viele Leute müßten von Hause aus besseres Essen gewöhnt sein. Hauptmann Mohr erklärte u. a.: Das frühe Aufstehen um 3 1/2 Uhr (nachts) halte er geradezu für eine Erholung. Nach dem Erscheinen des Artikels habe er zu den Landwehrlenten gesagt: „Es ist ein Schuß in der Kompagnie, der den Artikel verfaßt oder in die Zeitung lanciert hat.“ Er halte den Verkehr mit einer revolutionären Partei gegen den Fahnenheld verstoßend und den Verfasser des Artikels für meinelidig.

Landwehrunteroffizier Berger bezeugte als Zeuge: Der Dienst war anstrengend. Zwischen 3 Uhr und 8,30 Uhr wurde aufgestanden. Die Mannschaft bekämpfte sich über das Essen. Nach meiner Ansicht wurde in dem Artikel alles richtig dargestellt. Er sei infolge der Anstrengungen einige Zeit unappetitlich gewesen. — Landwehrmann Doberbedermeister Holz: Drei- bis viermal schmeckte das Essen nicht, jedoch ich es weggeschüttelt. Die Erbsensuppe war lediglich Brühe mit Hülsen. Erbsen waren keine zu sehen. Die Eier habe ich zum Fenster hinausgeworfen, so schlecht schmeckten sie; sie waren nicht gerade faul. Im Hofe lagen noch etwa zwanzig weggeworfene Eier. Der Reis hatte keinen Geschmack. Wenn ich mich gemeldet hätte, so hätte ich einen Tag Kaffen weggehört. Sauerkraut ist nicht, ebenso keine Linsen. Soweit er gesehen, hätten wohl noch zwanzig Leute ihr Essen weggeworfen. — Landwehrunteroffizier Schriftführer Johnson: Wir standen um 3 oder nach 8 Uhr auf. Der Dienst sei äußerst anstrengend gewesen. Die Landwehrlente hätten gesagt: „Alles was in dem Artikel stand, ist richtig.“ Nach dem Erscheinen des Artikels habe es sich verbessert. — Landwehrmann Klemperer Schöninger: Der Dienst war infolge des frühen Aufstehens sehr anstrengend. Das Essen war schlecht. Vom Sauerkraut bekam ich Durchfall. Die Linsen waren schwarzblau. Man meinte allgemein, der Artikel sei in der Hauptsache zutreffend. Die Landwehrmänner Odenthal und Jwinkau bekundeten ähnlich über Dienst und Essen. Der letztere bekundete weiter: Da mein Kind fieberkrank war, hat ich morgens 10 Uhr den Hauptmann Mohr (die bisher genannten Zeugen standen alle bei diesem Hauptmann) um Urlaub; dieser fragte erst bei der Polizei nach, und nachmittags 5 Uhr konnte ich endlich gehen. Der Zeuge sagt noch aus: Die Strafen sollen aus wie Tapezierermeister, der schon einige Tage alt ist; die Linsen waren bläulich, die Kartoffeln hart. Ich schüttelte mein Essen in die Abfalletole; ich hatte genug vom Ansehen.

Landwehrmann Maurer Terzmitten: Wir wurden auf der Mühlheimer Heide so im Sande herumgejagt, daß 15—20 Mann wunde Füße bekamen. Die Eier rochen stark, die Kartoffeln giftig, die Linsen sahen aus wie eine Kloake. Die ganze Stube klagte über das Essen und nannte es ungenießbar; ich goß es weg. — Präsident: Warum meldest du nichts? — Zeuge: Das hat beim Militär wenig Zweck. — Weiter sagt der Zeuge: Ich fand, daß der Artikel in allen Teilen der Wahrheit entsprach.

Landwehrmann Schäfer: Das Essen war sehr schlecht. Das Sauerkraut schien mir bei der Zubereitung verdorben zu sein. Die Linsen stanken wie ein Abtritt. Die verabreichten Eier waren meistens faul. Das einzige Genießbare bei unserer vierzehntägigen Uebung war eine Sonntagssuppe. Die meisten Mannschaften hielten das Essen nur, weil es vorgeschrieben ist. Wenn man sich meldet, so bekommt man zwar wegen der Meldung keine Strafe; aber später legt es etwas ab.

Der von der Staatsanwaltschaft geladene Landwehrmann Stahl bekundete: Ich fand in meinem Essen einen fingerlangen Wurm. Ich wollte erst das Tier vorgehen; aber ein neben mir stehender Mann schlug es entzwei. Von diesem Tage an sprach Hauptmann Mohr von mir nur als von dem „Mann mit der Wurmgeschichte“. Einige Tage vor Schluß der Uebung sagte Hauptmann Mohr zu mir: „Wenn Sie sich nicht in acht nehmen, dann gibt es noch schwere Tage für Sie!“ Das Essen war sehr schlecht und mir unerträglich. Die Eier waren so schlecht, daß ich sie wegworf. — Landwehrmann Smorra (ebenfalls von der Staatsanwaltschaft geladen) bestätigte die Bekundungen bezüglich des Wurms. Es sei allgemein geklagt worden, daß das Essen scheußlich sei. Er habe meistens draußen gegessen. — Landwehrmann Winkelshöder hat nach der Wurmgeschichte vor Ekel nur noch in der Kantine gegessen.

Eine Anzahl aktiver Unteroffiziere behaupteten, der Dienst sei nicht anstrengend und das Essen sei gut gewesen. Doch schon der erste der Herren mußte zugeben, daß er — aus der Unteroffiziersklasse befreit worden ist. — Major Kramer teilte mit, daß der Staat nur 37 Pf. für drei Wahlreiten der Mannschaften zahlt.

Der Staatsanwalt hielt eine Rede, wie sie eben nur ein preussischer Staatsanwalt halten kann: Der Wahrheitsbeweis sei nicht erbracht. Der Dienst der Landwehrlente sei eine Erholung gewesen. Von unappetitlichen und ungenießbaren Essen könne keine Rede sein. Die Entlohnungszeugen litten alle daran, daß sie das Militär durch dieselbe Brille ansahen wie der angeklagte Redakteur. Strafschwerend sei die Tendenz des Artikels, der die Illustriation militärischen Dingen fördern wolle. Bei solcher Tendenz sei es die erste Pflicht des Strafrichters, streng vorzugehen. Das Vorgehen des Angeklagten sei ein Mittel an den Grundfesten des Staates, und dieser Wille des Angeklagten müsse bestraft werden. Er beantragte drei Monate Gefängnis.

Der Verteidiger stellte zunächst einige objektive Unrichtigkeiten in der staatsanwaltlichen Rede fest. Bezüglich der Anweisung der Entlohnungszeugen verwies er auf die Aussagen der vom Staatsanwalt selber geladenen drei Landwehrlente. Der Dienst sei übermenschlich gewesen, da den Leuten bei den großen Anstrengungen nur 5—5 1/2 Stunden Nacht-ruhe blieb. Wenn man bei Infanterie mit Wärmern, bei Gruppenreit, der ausreicht wie drei Tage alter Tapezierermeister, bei faulen Eiern, Wasseruppe mit Erbsenhülsen, Sauerkraut mit Durchfallerkrankung usw., usw. nicht von mappelllichem und ungenießbarem Essen reden dürfe, dann wisse er nicht, was noch nötig sei. Er beantragte die Freisprechung.

Nach mehr als einstündiger Beratung erkannte das Gericht, das sich zur größeren Hälfte aus Referentoffizieren zusammensetzte, auf 500 M. Geldstrafe, obwohl in dem Artikel nicht eine einzige Beleidigung durch die Form enthalten und obwohl der Beurteilte noch unbestraft war. Das Gericht hatte sich dem Staatsanwalt angegeschlossen und die „Tendenz“ bestrafte, die es in eifrigem Artikel angefügten Sage fand, der aber keinerlei strafbaren Inhalt hatte. Wenn die schriftliche Begründung vorliegt, werden wir auf dieses völlig unbegreifliche Urteil zurückkommen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Dezember 1907.

Zur Frage der Anwendung des Zeugniszwanges hat der Reichsanwalt ein Schreiben an die Bundesregierungen gerichtet. Die Tatsache, daß die Anwendung des Zeugniszwanges verfahren in manchen Fällen nach der Lage des Einzelalles weder

zu der Bedeutung der Sache, noch zu dem vorausschicklichen Ergebnis der Wahregel in dem richtigen Verhältnis stehen, habe schon häufig zu unliebsamen Erörterungen geführt. Daß die Gerichte in solchen Fällen die Grenzen der ihnen übertragenen Befugnisse formell eingehalten hätten, könne nicht zur Rechtfertigung des Verfahrens dienen. Denn das Gesetz überlasse die Anwendung des Zwangsmittels ihrem verständigen Ermessen. Es liege daher ganz im Sinne des Gesetzes, daß von der Befugnis nur da Gebrauch gemacht werde, wo es nach den Umständen des Falles unerlässlich erscheine. Der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches, der demnächst dem Bundesrat zugehen werde, enthalte denn auch Bestimmungen zur Verhütung von Mißgriffen. Aber auch jetzt schon sei es geboten, niemals ohne gebietenden Anlaß von dem Mittel des Zwangsmittels Gebrauch zu machen. Bei einer entsprechenden Anweisung der Staatsanwaltschaften werde sich wohl eine größere Vorsicht erzielen lassen, ohne daß der Unabhängigkeit der Gerichte zu nahe getreten werde.

Die Zeugniszwangsfelder kann in Wirklichkeit nur dadurch beseitigt werden, daß gesetzgeberische Vorkehrungen getroffen werden, wie sie die Sozialdemokratie bereits mehrfach vorgeschlagen hat. Die Bestimmungen in dem Strafprozeßentwurf, auf die Bülow hinweist, genügen nach dem, was Niederding darüber mitgeteilt hat, keineswegs, namentlich soweit Ermittlungs- und Strafverfahren gegen Unbekannt in Frage kommen. Offenbar bezweckt der Reichsanwalt mit seinem Vorgehen, den Freiinn für seine unzulänglichen Halbheiten auch auf diesem Gebiete zu gewinnen.

Steuerhinterziehungen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ entrüstet sich über kolossale Steuerhinterziehungen des mobilen Kapitals. Sie weist auf Grund statistischer Zahlen nach, daß der preussische Staat vom mobilen Kapital resp. Leihkapital allein jährlich um 12½ Millionen Mark Vermögenssteuer „geprellt“ werde, denn statt eines steuerpflichtigen Leihkapitals von mehr als dreitausend Mark Einkommen in Höhe von 58 Millionen würden tatsächlich nur 22,672 Millionen versteuert, also 25 Millionen zu wenig!

Wir haben keine Ursache, die Steuerdefraudanten des mobilen Kapitals in Schutz zu nehmen. Der ausgleichenden Gerechtigkeit wegen möchten wir jedoch konstatieren, daß auch das immobile Kapital, namentlich soweit das der Großgrundbesitzer in Frage kommt, in Steuerhinterziehungen hinter dem mobilen Kapital keineswegs zurücksteht. Bekannt ist es ja, daß beispielsweise der Freiherr von Wangenheim bei einem Besitz im Werte von Millionen keine Steuern zahlen zu müssen glaubte, da er nach seiner originellen Berechnungsmethode kein Einkommen zu besitzen vorgab. Außerdem gestattete schon das Gesetz gerade dem Großgrundbesitzer sowie Abzüge aller Art, daß das Einkommen der nollebenden Agrarier nur höchst selten in einem Maße zur Steuer herangezogen wird, die der Billigkeit entspricht.

Das Zentrum als Handlanger des Scharfmachertums.

In Strum bei Wülheim a. d. Ruhr hatte bei der diesjährigen Gemeinderatswahl die christliche Arbeiter-Schar zwei Kandidaten aus ihrer Mitte aufgestellt, während bisher die Firma Thyssen u. Comp. vollständig das Wahlfeld beherrschte hatte. Die beiden christlichen Arbeiterkandidaten wurden mit 400 Stimmen gegen 191 Stimmen der Hüftenpartei und 90 der Sozialdemokratie gewählt. Bei dieser Gelegenheit hat sich wieder einmal die Zentrumspartei von ihrer wahren Natur gezeigt. Obwohl der Vorsitzende der Zentrumspartei in Strum den katholischen Arbeitern zugesagt hatte, daß das Zentrum sich um die Wahl in der dritten Abteilung nicht kümmern und diese ganz den katholischen Arbeitern überlassen werde, erhielt die Parteileitung in letzter Stunde folgende Kundgebung:

„Bekanntlich waren neben den Kandidaten Aieber und Pfeiffer (christlich-nationale Arbeiter) die Herren Mureed und Dornbusch (Hüftenpartei) aufgestellt worden. Da die Parteileitung im Interesse der Wähler selbst eine Stimmenzerfplitterung unter allen Umständen vermeiden sehen möchte, so empfiehlt sie im Einverständnis mit den in Betracht kommenden Parteien der gesamten Wählerschaft ein einmütiges, geschlossenes Eintreten für die Herren Dornbusch und Mureed. Jeder mit den Verhältnissen Vertraute wird hiernach beurteilen können, welche Gründe die Partei bei ihrem Vorgehen leiten, zumal der Grundsatz, in der dritten Abteilung Arbeiter aufzustellen, anerkannt war, lag keine Veranlassung vor, den bekannten, einflussreichen Verhältnissen entgegenzuwirken. Ueber die Wichtigkeit und Bedeutung der kommunalen Wahlen braucht wohl kein Wort an dieser Stelle verloren zu werden. Es wird daher von jedem Wähler erwartet, daß er von seinem Wahlrecht Gebrauch macht.“

Die Zentrumspartei spielt sich also hier, um nicht den „bekannten, einflussreichen Verhältnissen“ entgegenzuwirken, als den Sachwalter des großindustriellen Scharfmachertums auf und agitiert dabei gegen die Kandidaten der christlichen Arbeiter-Schar. Vor dem Geld liegt eben auch das „christliche“ Zentrum auf dem Bauch.

Karl Ferdinand v. Stumm's gesammelte Werke.

In Nr. 202 des „Vorwärts“ berichteten wir, daß im Verlage von Otto Elsner in Berlin eine Sammlung der von dem bekannten Oberscharfmacher Freiherrn v. Stumm-Halberg gehaltenen Reden erscheint — und zwar in 20 Bänden. Wie uns die Verlagsbuchhandlung mitteilt, ist diese Angabe nicht ganz richtig. Das „gesamte monumentale Werk“ wird voraussichtlich nicht 20, sondern nur „etwa 12 Bände“ — jeder Band allerdings 80 bis 40 Bogen, Lexikonformat, stark — umfassen, so daß man schon für den Preis von 72 Mark glücklicher Besitzer dieser unerschöpflichen geistigen Fundgrube werden kann.

Preussische Polizei.

In Dortmund kam der Student Brinkmann nachts von einer Geburtstagsfeier über den Körnerplatz und sah, wie ein Mann von zwei Schulheuten angehalten wurde und zur Wache geführt werden sollte. Brinkmann, der die Festnahme des Arbeiters für ungerechtfertigt hielt, mischte sich hinein und wurde deswegen ebenfalls angehalten. Auf dem Wege zur Wache will der Student von dem Schulmann beleidigt und auf der Polizeistation blutig mißhandelt worden sein. Dieserhalb hatte sich der genannte Schulmann vor der Strafkammer in Dortmund zu verantworten. Er bestritt, von einer Anzahl Kollegen unterstützt, sowohl die Beleidigung wie die Mißhandlung, wobei sich herausstellte, daß die Aussagen der Schulleute mit denen einer ganzen Reihe von einwandfreien Zeugen in schroffem Widerspruch standen. Weiter wurde festgestellt, daß die Verhaftung des Arbeiters nur deshalb erfolgt war, weil dieser in der warmen Sommernacht seinen Rock angezogen hatte und mit Hemdsärmeln über die Straße ging. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, dieses sei doch kein Grund, einen Mann zu verhaften, da wieder ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung, nach sonst eine strafbare Handlung vorgelegen habe, erklärte der Schulmann Zacharias: „Wir wurden darauf aufmerksam gemacht, daß der

Mann sich doch erlärten könnte.“ Das Gericht beschloß auf Antrag der Staatsanwaltschaft, die drei Schulleute, die zugunsten des Angeklagten auszusagen, nicht zu vereidigen, da sie der Begünstigung dringend verdächtig seien. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten 14 Tagen. Das Gericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten und 1 Woche. In dem Urteil hieß es, daß die Schulleute keinen Glauben verdienten, der Gerichtshof habe die Ueberzeugung gewonnen, ihre Aussagen seien getragen von der Absicht, den Angeklagten der Strafe zu entziehen. Wie in der Verhandlung festgestellt wurde, sind einige der Schulleute bereits in einer Sache vor dem Schöffengericht wegen Unglaubwürdigkeit nicht vereidigt worden.

Keine Gefühlsüberzettelung.

Wir gestehen, wir haben eine gewisse Schwäche für die Wittelsbacher! „Einer von denen da unten“, der Prinz Ludwig, hat eine recht gute Wahlrede gehalten, wie es keiner da oben noch fertig gebracht hat. Die da unten scheinen überhaupt leichter zu lernen. Vielleicht liegt es an der Lehrmethode, die da unten, wobei wir jetzt freilich nicht die Prinzen meinen, angewandt worden ist. Aber die Schwäche für einige da unten kann uns nicht blind gegen sie machen, daß man Herrn Stresemann bitteres Unrecht tut. Warum entläßt man sich eigentlich? Herr Stresemann hat den Prinzen Ruprecht so angesprochen, als wäre er ein gewöhnlicher Mensch und kein Prinz. Herr Stresemann ist doch Sackse und hat daher nur die Verpflichtung, vor dem sächsischen König und seiner Familie in Ehrfurcht zu erscheinen. Er hat ganz recht, wenn er sich gegen die erweiternde Interpretation seiner dynastischen Gefühle wehrt. Darunter müßten diese doch leiden; denn nach den wiederholten und glaubwürdigen Versicherungen, auf die wir uns als Laien in dynastischen Gefühlen verlassen müssen, kann die Glut dieser Gefühle gar nicht mehr gesteigert werden. So heiß aber können diese Gefühle nur bleiben, wenn sie sich auf einen Punkt konzentrieren. Werden sie auf die vielen Dynastien Deutschlands ausgebreitet, so kann auf die einzelnen nicht mehr ein gleich starkes Gefühl entfallen. Es müßte eine Abnahme der dynastischen Gefühle eintreten. In der Beschränkung zeigt sich aber der Reiz. Herr Stresemann könnte bei all seinem Talent nicht ebenso dynastisch für die 2½ Duzend deutscher Dynastien oder wie viele ihrer sonst sind entflammt sein, wenn er die Hitze seiner Begeisterung auf alle verteilen, statt auf eine konzentrieren würde. Aber es will uns auch scheinen, daß in dieser Beschränkung der dynastischen Gefühle ein Weg gezeigt ist, nun vielleicht doch einmal dieser Art von Gefühlsüberzettelung den Garous zu machen. Denn schließlich fühlen sich immer mehr Menschen nicht in erster Linie als Preußen, Sachsen, Bayern usw., sondern als Deutsche. Damit werden sie aber auch die hohenzollernschen, wettinischen, wittelsbacherischen Gefühle immer mehr los. Für Herrn Stresemann ist der Prinz Ruprecht „Einer da unten“. Natürlich wird ein guter Wayer leicht zu dem verderblichen Gedanken geführt, ein Hohenzoller oder ein Wettiner sei Einer da oben. Für den Deutschen gibt es innerhalb Deutschlands kein „unten“ oder „oben“, sondern nur die eine Nation. Und so bleibt schließlich nichts übrig, als sich weder um die Einen da oben, noch um die Anderen da unten zu kümmern.

Wer läßt sich Wären aufbinden?

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt in ihrer Sonntagsnummer eine anscheinend von Hirsch-Dunderscher Seite herrührende Notiz, wonach die Mitteilung von der Ausarbeitung eines neuen Programms der Hirsch-Dunderscher zuerst vom „Vorwärts“ gebracht worden sein soll. Der „Vorwärts“ habe sich einen Wären aufbinden lassen. Wir gestatten uns demgegenüber die einfache Feststellung, daß die „Frankfurter Zeitung“ bereits am 10. Dezember im zweiten Morgenblatt ein vom 9. Dezember datiertes Telegramm aus Jena brachte, das den gleichen Inhalt hatte, wie unsere Meldung. Es sind also die Leser der „Frankfurter Zeitung“, denen hier ein Wären aufgebunden werden soll.

Schweden.

Reichstagswahlen der Sozialdemokratie.

Am 13. Dezember fanden in den beiden größten Städten Schwedens Ergänzungswahlen zur zweiten Kammer des Reichstags statt, und beide Wahlen endeten mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie. In Stockholm's fünftem Wahlkreis wurde Genosse Knut Tengdahl mit 2040 Stimmen gewählt, während der antisozialistische Kandidat Cedex, für den die ganze bürgerliche Presse agitiert hatte, nur 1062 Stimmen erhielt. Wie in der Hauptstadt, so fand auch die Wahl in Göteborg unter dem Zeichen des Klassenkampfes, obwohl hier die Konservativen wie die Liberalen ihren besonderen Kandidaten aufgestellt hatten. Der Konservativ erhielt 3517, der Liberale 2471 Stimmen und der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Lindblad, Redakteur der „Ny Tid“, siegte mit 3938 Stimmen. Bei der Hauptwahl im Jahre 1905 hatte er nur 1200 Stimmen erhalten!

Die liberale „Göteborgs Handels- och Sjöfartstidning“ schreibt, daß diese Wahl ein Ausfluß sei von „Klassengefühl, das mit überraschender Stärke hervorbrach.“ Die Zahl der Sozialdemokraten im schwedischen Reichstag ist nun auf 17 gestiegen, und da noch eine Ergänzungswahl bevorsteht, ist Aussicht vorhanden, daß bis zum Beginn der neuen Session ihre Zahl auf 18 anwächst.

Persien.

Am Vorabend der Revolution.

Das „Berl. Tagebl.“ erhielt folgendes Privat-Telegramm: Teheran, 16. Dezember. Aufgeregt durch schlechte Nachrichten von der Grenze und die schwächliche Haltung des Schahs den türkischen Annahmungen gegenüber veranstaltete das Volk gestern hier heftige Straßenkundgebungen gegen den Schah, so daß er va banque zu spielen beschloß und, durch die russische Partei am Hofe bestärkt, den Ministerpräsidenten und zwei Brüder des Parlamentspräsidenten verhaften sowie das Parlament umzingeln ließ. Der Schah verlangte den Rücktritt des Ministeriums und die Zustimmung des Parlaments zur Einsetzung von Ministern der eigenen Wahl des Schahs. Das Parlament verweigerte dies.

Der Tumult in der Stadt dauerte die ganze Nacht. Alle Truppen sind unter Waffen. Da die Anhänger des Parlaments dieses zu Tausenden beschützen, wagte der Schah bis jetzt nicht, den vielschichtigen gegen das Parlament beabsichtigten Staatsstreik auszuführen und das Parlament gewaltsam zu sprengen. Die Lage ist jedoch sehr ernst.

Heute bewaffnen und verbarricadieren sich die fremden Gesandtschaften für den Fall eines Straßenkampfes. Das Parlament tagt fortwährend. Für den Fall der Gefahr wird die deutsche Gesandtschaft dem Präsidenten des Parlaments, der bekanntlich früher persischer Gesandter in Berlin war, Asyl gewährt, während die englische Gesandtschaft andere Mitglieder des Parlaments aufnehmen wird.

Gegenwärtig stoßt aller Verkehr. Man zählt verschiedene Tote und Verwundete.

Schon einmal — in der englischen Revolution — standen sich Monarch und Parlaments- beziehungsweise Volksherrschaft feindlich gegenüber. Aus diesem Kampfe resultierte König Karls I. Entthronung!

Will der Schah gegen das Parlament und gegen „sein“ Volk „va banque spielen“, so könnte er gar leicht aus der eigenen Erfahrung lernen, was aus der Geschichte zu lernen er verabsäumt zu haben scheint. . . .

Daß russisches Hofgeschmeich dem verblendeten Manne Ratkschläge erteilt, die sich gegen das persische Volk Wohl richten, das beweist wieder einmal, was wir längst wissen: die Vernichtung des Zarismus liegt im internationalen Interesse!

Rußland.

Wer sich verteidigt, klagt sich an.

Aus Anlaß des Prozesses gegen die früheren sozialdemokratischen Abgeordneten veröffentlicht die Regierung ein Communiqué, in dem es heißt, die Dumafraktion der Abgeordneten habe die Ziele eines gewaltsamen Umsturzes der gesetzlichen Regierungsform durch einen bewaffneten Volksaufstand, die Verübung des Raubers von der Übergewalt und die Umwandlung Rußlands in eine demokratische Republik verfolgt. Die Fraktion habe in unmittelbarer Fühlung mit dem zentralen und dem Petersburger Komitee der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und mit einer Reihe der demselben unterstellten Organisationen gestanden, denen Rundschreiben zugesandt seien mit der Aufforderung, die Bevölkerung gegen die Regierung, den Adel, die Beamten und die Gutsbesitzer aufzureizen zum Zwecke des Zusammenschlusses der Bauern, Arbeiter und Militärpersonen zu besonderen Organisationen. Dabei habe die Ungesetzlichkeit der ersonnenen Volksklassen benützt werden sollen, um einen vereinten Aufstand des Militärs, der Arbeiter und Bauern hervorzuheben, um die Staatsgewalt an sich zu reißen. Das Communiqué enthält weiter die Verhandlung des Prozesses sowie die Urteilsbegründung und teilt zum Schluß mit, daß der Urteilspruch, betreffend vier ehemalige Abgeordnete, darunter Beretst, vom Justizminister dem Kaiser zur Begutachtung unterbreitet werden soll.

Abgeordneten-„Immunität“.

Dem Mitgliede der sozialdemokratischen Fraktion der dritten Duma, Genosse Kozorotoff, der dieser Tage in seinem Wahlkreise die Vorkontrollen aufsuchte, wurde von der Polizei anbefohlen: „Sie sollen sich auf der Fabrik nicht herumtreiben, sich mit den Arbeitern nicht allzudiel unterhalten, und möglichst bald den Ort verlassen!“

Genosse Kozorotoff verließ Bjelorek, von zwei Polizei-Kommissaren und sechs berittenen Schulheuten eskortiert. —

Marokko.

Die Franzosen stoßen vor.

Von der algerischen Grenze wird erneutes Vordringen der Franzosen gemeldet: Die Nachrichten lauten:

Paris, 16. Dezember. Die unter dem Befehl des Oberstleutnants Granloro stehende Kolonne ist, wie „Le Petit Parisien“ aus Oran erfährt, bis in die Nähe von Scherara, welches das Verwaltungszentrum der Beni-Sassen bildet, vorgezogen. Heute dürfte dieser wichtige Punkt besetzt werden.

Paris, 16. Dezember. General Dhauter meldet telegraphisch, daß Oberst Felinau am 15. Dezember die Schluchten von Ain Sfa und drei Dörfer erobert hat, welche dieselben beherrschten. Die Vorhut begann am 15. Dezember um 9 Uhr morgens den Angriff und eroberte einen Hügel am südlichen Ufer des Bed Bu Sir Chebet Abiella; während eine Kolonne die Gärten und den Markt von Ain Sfa erlöschte, drang eine große Masse von Marokkanern aus den Talmulden westlich von Ain Sfa vor, sie wurde aber durch Kavallerie, die von Infanteriestaffeln unterstützt wurde, zurückgeworfen. Die Artillerie konzentrierte ihr Feuer auf zwei Dörfer auf der Höhe des Tales, die allmählich erobert und zerstört wurden. Die Marokkaner, die versuchten, die linke Flanke der französischen Truppen von hinten anzugreifen, wurden mit großen Verlusten zurückgeworfen. Das Scharmüßel war um fünf Uhr abends beendet. Auf Seiten der Franzosen waren 13 Verwundete. Drei Soldaten sind schwer verwundet. Die Franzosen besetzen augenblicklich den Markt und die Quellen von Ain Sfa sowie den Hügel, der den Eingang zu den Schluchten beherrscht.

Amerika.

Der Marinewahnsinn.

Der soeben erschienene Jahresbericht des Marine-Sekretärs betont, daß die Vereinigten Staaten zurzeit unter den Seemächten die zweite Stelle einnehmen, und zwar hauptsächlich infolge Fertigstellung einer größeren Anzahl erstklassiger Linienschiffe und Panzerkreuzer in den letzten Jahren. Diese Stellung könne aber nur festgehalten werden, wenn der Kongreß mehr Schiffe bewillige; besonders sei es von höchster Wichtigkeit, daß die alten und tatsächlich veralteten Schiffe durch solche neuester Bauart ersetzt würden. Es werden daher für das Jahr 1908 nicht weniger als 28 neue Schiffe, die einen Gesamtaufwand von 292 Millionen Mark erfordern, beantragt, und zwar 4 Linienschiffe, 4 Aufklärungskreuzer, 10 Torpedobootszerstörer, 4 Unterseeboote, 1 Munitionsschiff, 1 Werkstattdampfer und 4 Geschwaderbootsdampfer. Ferner sollen zwei bereits vorhandene Kreuzer zu Minenlegern umgebaut werden. Die Baukosten für die einzelnen Schiffsklassen betragen: Linienschiffe je 39,9 Millionen Mark (d. h. ohne Ausrüstung, nur Schiffskörper, Maschinenanlage und Armierung), Aufklärungsschiffe je 10,5 Millionen Mark, Zerstörer je 3,4 Millionen Mark, Unterseeboote je 1,6 Millionen Mark, Munitions- und Kohlendampfer je 7,85 Millionen Mark und das Werkstattdampfer 8,4 Millionen Mark. —

Die Erklärung Roosevelt's, daß er nicht für einen dritten Termin der Präsidentschaft kandidieren werde, wird von der amerikanischen Presse im allgemeinen mit Befriedigung aufgenommen. Roosevelt wird gelobt, weil er die alte Tradition, daß kein Präsident mehr als zwei Amtsperioden dienen sollte, aufrecht erhält.

In der Hearst-Presse wird jetzt dem Führer der Demokraten, Bryan, der Rat erteilt, Roosevelt's Beispiel infolge zu befolgen, daß er nicht zum dritten Male als Kandidat auftritt, um neuen Männern in der demokratischen Partei Platz zu machen! Daß ein Kandidat, der — wie Bryan — zweimal schon geschlagen worden ist, zum dritten Male aufzutreten wagt, ist in der Tat in der amerikanischen Politik noch nicht dagewesen.

Australien.

Militärische Pläne entwickelte der Premierminister Deakin vor dem Repräsentantenhaus des australischen Staatenbundes. Zur Verteidigung des Landes soll eine Flotte notwendig sein, die in den nächsten drei Jahren ausgebaut werden müßte. — Bemerkenswert ist der Vorschlag, daß ein zwangswiseer Militärdienst insoweit eingeführt werden solle, daß junge Leute von 18 Jahren zu militärischen Übungen auf je 16 Tage im Jahre für die Dauer von drei Jahren verpflichtet werden. Damit hofft Deakin innerhalb acht Jahren eine Armee von 218.000 Mann organisiert zu haben — zu „Verteidigungszwecken“ natürlich nur. . . .

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Einigungsbestrebungen.

Der Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend hielt am Sonntag in den Jubiläumssälen eine außerordentliche Generalversammlung ab, um Stellung zu nehmen zu dem Einigungsbeschluss der 7. Konferenz der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands. Wilhelm Schäfer berichtete über die Verhandlungen und Beschlüsse der Konferenz und empfahl der Versammlung, den dort mit 27 gegen 20 Stimmen angenommenen Einigungsbedingungen zuzustimmen. Er berichtet ferner über eine am Sonnabend abgehaltene Besprechung der Berliner Delegierten der Vereinigung mit den Verbandsvertretern, wobei es sich um die zukünftige Gestaltung der Generalversammlungen der Zimmererorganisation Berlins und Umgegend handelte, die sich bekanntlich im Verband aus Delegierten der Bezirke und Zahlstellen des Lohngebietes zusammensetzen. Der Redner erklärte, dass er, bisher Gegner des Delegiertensystems, durch die Ausführungen von der anderen Seite eines Besseren belehrt worden sei. Das starke Wachstum ihrer Organisation habe die Verbandskameraden zu diesem System geführt. Mit Recht habe man angeführt, dass es bei dem großen Umfang der Organisation sehr schwer sei, Generalversammlungen zustande zu bringen, wo wirklich die Mitglieder aus allen Orten des Lohngebietes in entsprechender Zahl anwesend seien, und so Beschlüsse zu fassen, die den Willen der Gesamtheit ausdrücken. Da die Delegierten immer von neuem zu wählen seien, wie auch die Bezirke und Zahlstellen ihre Obdente selbst wählen, könne man das Delegiertensystem als den demokratischsten Grundriss entsprechend anerkennen.

Vor Eintritt in die Diskussion nahm die Versammlung einen Geschäftsordnungsantrag an, wonach die Mitglieder der Geschäftsleitung und des Ausschusses, weil sie ihre Ansichten schon genügend in familiären Abend- und Morgenbesprechungen, sowie in einer Broschüre zum Ausdruck gebracht hätten, erst nach den anderen Diskussionsrednern das Wort erhalten sollten. Es sprachen dann zunächst nur solche Redner, die mit den Einigungsbedingungen nicht einverstanden oder nicht davon befriedigt waren. Teils war es der Umstand, dass bei den Einigungsverhandlungen die Forderung von der politischen Betätigung im Sinne des bisherigen Programms der Vereinigung nicht einfach anerkannt, sondern durch eine Erklärung erwidert wurde, wogegen diese Redner sprachen, teils die Vermögensfrage oder andere Punkte der Einigungsbedingungen, sowie auch des Delegiertensystems, das als ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Mitglieder bezeichnet wurde. Als dann ein Redner zu Worte kam, der in längeren Ausführungen die Einigungsbedingungen empfahl, entsand immer von neuem eine solche Unruhe in der Versammlung, dass der Vorsitzende Zuppenlag sich schließlich genötigt sah, sie zu vertagen. Am die Tagesordnung zu erledigen, soll demnächst eine neue Versammlung einberufen werden.

Die freie Vereinigung der Bauarbeiter beschäftigte sich am Sonntag in einer außerordentlichen Generalversammlung mit der Einigungsfrage. Korgel erstattete Bericht über die Verhandlungen, welche am 7. Dezember mit dem Zentralverband im Beisein des Parteivorstandes geführt worden sind. Den Darlegungen des Redners ist zu entnehmen, dass die von der freien Vereinigung aufgestellten Einigungsbedingungen in der Hauptsache erfüllt worden sind. Die Bedingungen sind dem Sinne nach ungeändert dieselben, welche auch zwischen den beiden Maurerorganisationen vereinbart worden sind und weisen nur insofern von denselben ab, wie es die besonderen Verhältnisse der Organisation erfordern. Die wesentlichsten Punkte der Einigungsbedingungen sind: Das Recht der ungehinderten politischen Betätigung, die Anrechnung der bisherigen Mitgliedschaft, die Übernahme von Reutwahlen für die Leitung der Zweigvereine nach der Verschmelzung und die Vertretung beider Richtungen in den Zweigvereinsvorständen nach dem Verhältnis der Mitgliederzahl. — Der Referent begründete die Notwendigkeit der Schaffung einer einheitlichen Organisation, er bemerkte, dass sich bereits alle Ortsvereine der freien Vereinigung, mit Ausnahme von Eberwalde, für die Einigung erklärt hätten und empfahl die Annahme der vereinbarten Bedingungen. — In der Diskussion machten einzelne Redner Einwendungen gegen die Vereinbarungen, andere Redner traten für dieselben ein. Schließlich nahm die Versammlung die Einigungsbedingungen mit allen gegen sechs Stimmen an.

Kramer gab einen kurzen Bericht vom Gewerkschaftsstand, der keinen Anlass zur Diskussion bot. — Auf Antrag des Vorstandes beschloss die Versammlung, dass die Beitragsleistung mit der 50. Woche dieses Jahres eingestellt wird und mit der sechsten Woche des nächsten Jahres wieder beginnt. — Als Delegierte zur dritten Konferenz, die am 6. und 8. Januar stattfindet, wurden Kieöver, Ehrenberg und Ruch gewählt.

Achtung, Rohrlager und Helfer!

Bei der Firma Rolte in Wilmerdorf, Auguststr. 66/67, haben sämtliche Kollegen wegen Nichtinhaltung des Tarifs die Arbeit niedergelegt. Die Firma ist bis auf weiteres gesperrt, ebenso der Bau Ballaststr. 8/8 in Halensee.
Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Gold- und Silberarbeiter!

In der optischen Werkstatt D. R. in Nizdorf, Zeitzerstr. 5, haben die Kollegen und Kolleginnen wegen Differenzen mit der Firma die Arbeit niederlegen müssen. Die Firma ist bis auf weiteres gesperrt. Die Kollegen, speziell die Zinnbearbeiter, werden ersucht, etwaige Arbeitsangebote zurückzuweisen.
Die Arbeiterpresse in der Provinz wird um Abdruck gebeten.
Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Brauereiarbeiter nahmen in einer Versammlung, die am Sonntag in Freyers Festsälen stattfand, Stellung gegen gewisse Praktiken in einer Reihe von Brauereien. Die Arbeiter verlangen die Aufhebung des „Prozenttages“, das heißt, das Recht der Brauereien, eine gewisse Zahl von Arbeitern nicht dem hier bestehenden Arbeitsnachweis des Verbandes zu entnehmen. Dies Recht wird um so unerträglich, je mehr die Zahl der Arbeitslosen steigt, die sich im Arbeitsnachweis einschreiben lassen und zuteilen müssen, wie die Arbeitskräfte von auswärts herangezogen werden. Kein anderer Arbeitsnachweis irgend einer Gewerkschaft räumt den Arbeitgebern so große Vorrechte ein, wie dies bei den Brauereiarbeitern geschieht durch das Zugeständnis des „Prozenttages“. Der Zentralverband der Brauereiarbeiter hat nun an den Verein der Brauereien in Schreiben gerichtet, die Gründe gegen das Fortbestehen des Prozenttages darzulegen und um Aufhebung desselben ersucht.

Der „Prozenttag“ betrug im vorigen Jahre 102, in diesem Jahre bis Ende November 181. Im Jahre 1906 waren 34 Brauer und 68 Hilfsarbeiter eingestellt worden, im Jahre 1907 bis Ende vorigen Monats 80 Brauer und 101 Hilfsarbeiter. Von 88 Brauereien nahmen 21 im Jahre 1906 den „Prozenttag“ nicht in Anspruch, während 17 davon Gebrauch machten. Im Jahre 1907 nahmen 24 Betriebe keine Brauer auf „Prozenttag“, während 14 Betriebe den Arbeitsnachweis nicht benutzten und auf ihrem Prozenttag bestanden. Dies galt für Brauer. Hilfsarbeiter wurden von 14 Betrieben im vorigen Jahre und von 13 Betrieben in diesem Jahre auf „Prozenttag“ eingestellt.

Der Verein der Brauereien antwortete auf das Ersuchen der Arbeiter in einem ablehnenden Sinne. Er wollte nur dann in Verhandlungen darüber eintreten, wenn der „Nummernzwang“ auf dem Arbeitsnachweis (das ist die regelmäßige Reihenfolge nach den Eintragungen) abgeschafft würde. Darauf können die Arbeiter aber nicht eingehen, umsoweniger, als heute schon die Brauereien es verstehen, sich dem Nummernzwang zu entziehen. So ließ eine Brauerei, die einen Maschinenbrauerei, 22 Leute kommen, bis endlich der Mann an der Reihe war, auf den sie es abgesehen hatte.

Ende November waren 655 Arbeitslose im Nachweis eingetragen. Trotzdem stellten fünf Brauereien 11 Arbeiter ein, die sie sich von außerhalb kommen ließen. Die Leute von außerhalb Berlins holt man gewöhnlich, wenn feste Stellen zu besetzen sind, dagegen braucht man die Berliner für die sogenannten Vizestellen, die in dem Befehl werden müssen. — Ueber die gegenwärtige Situation referierte Träger und empfahl den Versammelten, gegen jene Brauereien, die auf ihren „Prozenttag“ nicht verzichten wollen, energisch vorzugehen. Die Berliner können nicht ruhig zusehen, wie man bei der bestehenden Arbeitslosigkeit noch aus anderen Städten Arbeitskräfte heranzieht.

Die folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 15. Dezember cr. in Freyers Festsälen tagende Versammlung der Sektion I und II des Brauereiarbeiterverbandes erklärt, mit der Antwort des Vereins der Brauereien, den Prozenttag betreffend, nicht einverstanden zu sein. Die Versammlung beschließt: Sollte der Verein der Brauereien auf seinem ablehnenden Standpunkt bestehen bleiben, so werden die arbeitslosen Kollegen aufgefordert, Vizestellen dort nicht anzunehmen, wo die Prozenttageinstellungen besonders groß sind. Die betreffenden Betriebe sollen im „Vorwärts“ bekanntgegeben werden.“

Nach Erledigung dieser Angelegenheit hielt Robert Schmidt einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über den Wochenlohn.

Deutsches Reich.

Der Streik der Hamburger Fischdampfer-Maschinisten ist beendet. Den ersten Maschinisten wurde ein Mindestlohn von 160 M. garantiert, bei gutem Fang erhalten sie die seitherige Prämie weiter. Zweite Maschinisten erhalten einen Anfangslohn von 125 M. und nach 3 Monaten 10 M. Zulage. Heizer erhalten 85 M. wie bisher. Alle Streikenden, die sich bis zum 30. Dezember melden, sollen wieder eingestellt werden; die Abgereisten auf große Fahrt werden nach dieser Frist noch angenommen. Damit ist der seit sieben Wochen auf beiden Seiten mit Hartnäckigkeit geführte Kampf entschieden; es ist nur noch eine Frage der Zeit, dass sämtliche Forderungen erfüllt werden. Der zweite Heizer wurde auf größeren Dampfern den Streikenden schon vor acht Tagen zugestanden, doch sollten die Heizer in diesem Falle 10 M. an der seitherigen Feuer einbüßen. Die Streikenden Maschinisten gingen darauf nicht ein, obwohl zahlreiche Heizer dies nicht verbieten wollten, da sie an Vord-Maschinenarbeit verrichteten. Die Maschinisten wollten sich unter keinen Umständen nachgeben lassen, dass sie zu einer Verschlechterung der Feuer der Heizer die Hand böten. Deshalb wurde weitergekämpft, bis dieser Abschluss erzielt wurde. Die leichtsinnigen Elemente, die sich während des Streiks eingefunden, schütteln den Staub von den Füßen, instinktiv verlassen diese Ratten das Schiff, auf dem sie keine Vorbeeren mehr ernten können. Der Achtungserfolg, den die Maschinisten sich hier erlangten, wird seine weiteren Früchte zeitigen. Da die Wiedereinstellung der Maschinisten nur nach und nach erfolgen kann, so ist der Zug von Maschinisten von Hamburg noch fernzuhalten.

Strafenskämpfe in der Oberpfalz.

In der Ragimilianshütte in der Oberpfalz streiken seit acht Wochen 600 Arbeiter um ein paar Pfennige Lohnserhöhung. Die letzten Tage kam es zwischen den Streikenden und den Arbeitswilligen zu Zusammenstößen. Die bürgerliche Presse, als erste die Zentrumsblätter „Anzeiger“ und „Morgenblatt“ in Regensburg, brachten darüber Situationsberichte, deren Inhalt lautete:

„Es kam zu argen Ausschreitungen... Die Streikenden besetzten 250 Mann stark die Zugangskorridore zum Werk... Die Streikenden bombardierten die Arbeitswilligen mit Steinen... Brandstiftungen sind vorgekommen, das Feuer wurde aber noch rechtzeitig durch Nachbarn unterdrückt... Die Streikenden unterhielten ein förmliches Feuergefecht...“

Der daraufhin ins Streikgebiet entsandte Spezialberichterstatter schreibt uns:

Ragimilianshütte, Oberpfalz, 15. Dezember.

Zum Verständnis der Sachlage zuerst einiges über die Entstehung des Streiks. Vor einigen Monaten ersuchten die Arbeiter der Raghütte bei der Direktion um 50 Pf. Zulage auf den Tageslohn von 2,40 M. Begründet wurde die Forderung mit den enorm gestiegenen und noch steigenden Lebensmittelpreisen. Als die Arbeiter vier Wochen ohne Antwort geblieben waren und dann um eine solche wiederholt gebeten hatten, erfolgte durch Fabrikschlag eine glatte Ablehnung jedes Zugeständnisses. Darauf traten 611 Mann in den Ausstand; ein Teil der Arbeiter, der an der Bewegung nicht beteiligt war, blieb stehen, ein weiterer Teil aber wurde zum Verräter an den Arbeitsbrüdern. Insgesamt sind in der Hütte 600 Arbeiter beschäftigt. Die Arbeiter hatten ein Entgegenkommen durch die Werkleitung um so eher erwartet, als der Betrieb seit Jahren in steigendem Maße Riesengewinne abwirft, zuletzt 27 Prozent Dividende.

Die Arbeiter hielten im Ausstand ruhig aus. Die in der Gegend stark verbreitete Zentrumspresse bezeichnete die Forderungen als berechtigt. Als aber am 24. November in einer Versammlung zu Schwandorf die Führer der Christlichen für ihre Mitglieder die Parole ausgaben, die Arbeit aufzunehmen, da wurde die Forderung der Streikenden plötzlich „unberechtigt“. Von nun an begann in der Zentrumspresse die Hebe gegen die Streikenden; Verleumdungen setzten ein mit dem durchsichtigen Zweck, die Bewegung zu Fall zu bringen, um nachher triumphieren zu können.

Die Streikbrecher, fast durchweg mindertwertige Arbeiter oder Empfänger von Unternehmerwohlthäten bzw. Bewohner von Fabrikwohnungen, waren mit Hilfe der gelehrten Arbeiter aus den Reihen der 25 Christlichen in der Lage, einige Teile des Betriebes notdürftig aufrecht zu erhalten. Waren sämtliche Arbeiter einig vorgegangen, der Streik wäre zum Vorteil aller in zwei Tagen gewonnen gewesen. Die Arbeitswilligen mußten nun natürlich entsprechend belohnt werden. Sie erhielten 20 Pf. pro Tag Zulage und 5 M. pro Monat Feuerzulage, womit die Direktion indirekt das Bedürfnis nach höherem Lohn bestätigte.

Diese Begünstigungen ließen den Arbeitswilligen den Kamm schwellen. Sie begannen die Ausständigen zu verhöhnen und zu provozieren. Als vor einigen Tagen bei einer wiederum angebahnten Einigungsverhandlung die bedingungslose Aufnahme der Arbeit verlangt, die Einstellung von nur ärztlich gesund erklärten Arbeitern angelündigt wurde, was die Aushebung der durch 20-, 30-, ja 35-jährige Arbeit in der Hütte ausgemergelten Leute bedeuten würde, da stieg die Erregung und Erbitterung der Streikenden aufs höchste. Sie wären zufrieden gewesen, wenn ihnen das bewilligt worden wäre, was man jetzt den Arbeitswilligen gewährt. „Rein, gar nichts. Wir sind Herr im Hause. Wir waren 50 Jahre Herr im Hause und wollen davon unter keinen Umständen abgehen, koste was es wolle.“ — Das ist der Standpunkt der Werkleitung.

Nun wurden die Arbeitswilligen noch frecher gegenüber den Ausständigen. Eines Abends ließen sie sich herbei, dem Vertrauensmann der Ausständigen in Teuplich die Fenster einzuwerfen. Das lag leider näher, als daß die Ausständigen nun den Stiel umdrehen und den Arbeitswilligen fast sämtliche Fenster einwerfen. Als Antwort darauf griff ein Arbeitswilliger zum Revolver und schoß zum Haus heraus. Das brachte nun am Donnerstagmorgen und am Abend fast sämtliche Streikende auf die Beine. In Trupps von 50 bis zu 250 Mann ließen sie die Arbeitswilligen Spalier laufen. Bei dieser Gelegenheit warf man da oder dort mit Steinen nach den Arbeitswilligen. Außerdem hörten die Gendarmen Schüsse fallen, ob von den Streikenden oder von den Arbeitswilligen, ist nicht festzustellen. Nach den Aussagen der Gendarmen sind insgesamt 12 Schüsse gefallen. Verletzt wurde durch Schusswaffen niemand. Das ist das „förmliche Feuergefecht“ der christlichen Presse. Dagegen sind vier oder fünf Arbeitswillige durch Steinwürfe verletzt worden.

Wenn die Zentrumsblätter, die das Volk in der dortigen Gegend von Kind auf völlig in der Hand haben, die Arbeiter schon längst auf eine höhere Kulturstufe gebracht hätten, dann würden auch diese wenigen Ausschreitungen nicht vorgekommen sein. Denn Kaufereien und Schlägereien sind dort nichts selbsten und dem erzieherischen Einfluß der „sozialdemokratischen“ Organisation ist es nur zu danken, daß die Streikenden auf die fortwährenden Provokationen der Arbeitswilligen und auf die höchst brutale Haltung der Werkleitung nur in ganz geringem Maße sich zu Rätlichkeiten hinziehen ließen.

Selbstverständlich bietet die Streikleitung alles auf, um Täglichkeiten der erbitterten Menge hintanzuhalten, und der größte Teil der Streikenden selbst leistet diesem Bestreben die größte Unterstützung. Hervorzuheben ist, daß die 20 Mann starke Gendarmen unter Führung des Wachtmeisters äußerst taktvoll und vernünftig zu Werke geht und es sei ausdrücklich konstatiert, daß alle Beteiligten, mit Ausnahme der in gewissenloser Weise scharfmachenden Zentrumspresse, der Ueberzeugung sind, daß es dem sehr vernünftigen Wachtmeister zu danken ist, daß das, was die genannte Presse fälschlicherweise berichtet, nicht eingetreten ist.

Nach unterschwärmer als die Lüge von dem „förmlichen Feuergefecht“ ist die von der „Brandstiftung, die noch rechtzeitig durch Nachbarn entdeckt worden ist“. Ein altes Weib hat ein paar Streikenden gegenüber in Altweibermanier gelästert und hat u. a. geschrien: „Ihr Lumpen, Ihr zündet ein's Haus a noch an!“ — Darauf die Beschimpften, scherzend über diese Einfältigkeit: „Ja, ja, paßt nur auf, Euers zünd'n wir zuerst an!“ — Und am andern Tage in der Zentrumspresse: „Brandstiftung durch Streikende, glücklicherweise durch Nachbarn rechtzeitig entdeckt.“ — Die Christlichen, die diese niederrichtigen Schwindeleien verbreiteten, kolportierten auch das Gerücht, die Streikenden planen die Stürmung der Fabrik. Heilloser Schrecken unter den arbeitswilligen Bewohnern der Fabriksdörfern. Mit Kandelbrettern und anderem Zeug wurden Fenster und Türen verbarrikadiert, Weiber und Kinder mit allen Werkstücken unter den Kleidern verstochen sich im Kamin oder unterm Dach, während an den Dachfenstern die Männer standen, jeden Augenblick zum Schuß bereit. Klappernd vor Angst verbrachten die Streikbrecherfamilien auf solche Weise die ganze Nacht, während die „Werkstürmer“ am Morgen ohnungslos vom Bett aufstanden und frisch ihre Posten bezogen und sich den Bauch hielten vor Lachen, als ihnen die Geschichte von dem Sturm auf das Werk erzählt wurde.

Auf diese Weise schüren die Christlichen und ihre Presse gewaltigen Erregung mit der Folge, daß bereits für Heranziehung von Militär Vorbereitungen getroffen wurden. So ist Infanterie und Kavallerie requiriert für den Fall, daß am Montag die Arbeitswilligen wieder belästigt werden sollten. Während am Sonnabend das Werk stillgestanden hatte, soll es am Montag wieder in Betrieb gesetzt werden, da sonst der Schaden für die Fabrik unberechenbar wäre. Deshalb muß nun Militär helfen. Es sollen die Soldaten aber nicht aus den nächstliegenden Garnisonen genommen werden, sondern von weiter her, da man an maßgebender Stelle annimmt, die Soldaten werden niemals auf Vater und Mutter und Bruder schießen. Es werden deshalb nur für das Streikgebiet fremde Soldaten herangezogen.

Als jetzt liegt auch nicht einmal der Schein eines Anlasses hierzu vor. Man spiele nicht mit dem Feuer!

Ausland.

Die Buchdrucker in New York haben in ihrem Kampfe um den Achtstundentag eine wichtige Position errungen. Mc Clures großer Verlag, wo die bekannte Zeitschrift „Mc Clures Magazin“ erscheint, hat die Forderung der Buchdrucker anerkannt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein neuer Militärprojekt.

Wladivostok, 16. Dezember. (W. Z. V.) Im Verfolg der gerichtlichen Untersuchung gegen die Teilnehmer an den Meutereien des Rinenbataillons und mehrerer Torpedoboote am 29. und 30. Oktober sind auf Befehl des Kommandanten der Festung adernals 75 Soldaten dem Gericht übergeben worden.

Unwetternachrichten.

Petersburg, 15. Dezember. (W. Z. V.) Nach Meldungen aus Fern und Kalan herrichten dort seit mehreren Tagen ungewöhnlich starke Schneestürme, die den Verkehr völlig unterbrochen haben.

Sebastopol, 16. Dezember. (W. Z. V.) Infolge der hier herrschenden Stürme haben Schiffe Havarie erlitten und sind die Salina gerührt worden.

Auf hoher See.

Grimshy, 15. Dezember. (W. Z. V.) Das Fischerboot „Minto“ brachte heute nachmittag den Kapitän Wettemann und 26 Mann Besatzung von dem deutschen Dampfer „Alara Blumenfeld“ herber. Der Hamburger Dampfer hatte am Sonntag mit einem schweren Sturm zu kämpfen, die Ladung verschob sich und das Schiff begann zu sinken. Die Mannschaft bestieg die Rettungsboote und wurde eine Stunde später von der „Minto“ aufgenommen, die bei dem Dampfer blieb, bis er sank.

Explosion im Bergwerk.

New York, 16. Dezember. (W. Z. V.) Auf deutsch-afrikanischem Kabel aus Birmingham in Alabama wird gemeldet, daß in einem Bergwerk bei Toloude eine Explosion stattfand. Es verlor, es seien 75 Mann verschüttet.

Der Beirat für Arbeiterstatistik.

steht vom 11. bis 15. Dezember Sitzungen ab. In seiner Sitzung vom 11. Dezember beschäftigte er sich auch mit dem Ergebnis der Erhebungen betreffend die Arbeitszeit der in

Blätternhalten und Wäschereien beschäftigten Personen.

Der Ausschuss des Beirats empfahl im Hinblick auf die Ergebnisse der Erhebung die Anwendung der Bestimmungen der §§ 135 bis 139 und des § 139b auf die Kleinbetriebe der Blättern- und Wäschereien. Dadurch würden diese Betriebe den Vorschriften der Gewerbeordnung unterstellt werden, die für die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen in Fabriken in der Gewerbeordnung gegeben sind und würden der Gewerbeaufsicht unterstellt werden.

Hoffentlich wird die Regelung der dringenden Angelegenheit nicht noch gar zu lange hinausgeschoben und die Zulassung der Ausnahmen, die §§ 138a und 139 zum Schaden der Beschäftigten zulassen, abgelehnt.

Verrechnungen der in der Binnenschifffahrt beschäftigten Personen.

Die Ergebnisse sind kurz folgende: Die Arbeitszeit ist im Schiffsbetriebe auf den märkischen Wasserstraßen vollständig unregelmäßig. Es kommen auf der Fahrt, besonders bei der Schleppschiffahrt, im Sommer in der Regel Arbeitszeiten von 3 Uhr früh bis 10 Uhr abends ohne regelmäßige Pausen vor. Nur bei Schleusen der Fortsetzung der Fahrt Halt bieten, ist eine Unterbrechung und Nachtruhe zu verzeichnen.

Die Sächsisch-Böhmische Schiffsahrtsgesellschaft, die auf der Elbe den Personenverkehr vermittelt, ist von der Regierung veranlaßt eine Vereinbarung zu treffen, die dem Schiffspersonal alle drei Wochen einen Ruhetag garantiert und in der Regel eine achtstündige Ruhezeit bestimmt. Die Arbeitszeit der Besatzung wird von der Gesellschaft im Sommer auf 18 bis 14 1/2 Stunden im Durchschnitt angegeben. Ungünstiger sind auch auf der Elbe die Arbeitsbedingungen in der Schleppschiffahrt. Bei hellem Wetter kommen Fahrten ununterbrochen Tag und Nacht vor. Noch schlimmer gehalten sich die Verhältnisse, wenn die Schiffsmannschaft gezwungen war in Hamburg Ladung einzunehmen.

In der Rheinschifffahrt stellen sich die Angehörigen in der Personenvermittlung ansehnend etwas günstiger als auf der Elbe. Den Angestellten wird für jede Woche ein Ruhetag gewährt. Auch in der Schleppschifffahrt werden hier die Bedingungen weit ab von den Verhältnissen der Elbschifffahrt. Die Heizer haben im Frühjahr durch einen Streik die achtstündige Nachtruhe durchgesetzt. Dieser Vereinbarung haben sich auch die großen Rheinstrom-Hilfschiffe angeschlossen und wird die Nachtruhe strikte durchgeführt.

Zur Lage der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter.

IV.

Wie strenger als gegen die Nichtbeobachter von Unfallverhütungsvorschriften geht man natürlich gegen die armen Verletzten vor. Der Bericht für Neuz j. L. hat sogar ein „Verzeichnis der Rentempfänger am 1. Januar 1907“. Kamentlich und unter ganz genauer Bezeichnung des Standes, Alters und der Rentenhöhe werden da Stadt und Bezirksweise die armen Rentempfänger in der schwarzen Liste aufgeführt.

„Weser“ teilt mit, daß 518 Rentempfänger nachuntersucht worden seien. „Auf Grund der vorgenommenen Untersuchungen sind

187 Renten eingestrichelt und 114 herabgesetzt worden. Die durchschnittliche Herabsetzung betrug 15,7 Proz. Der Gesamtjahresbeitrag der Rentenerhebung usw. befreit sich auf 11 317,18 M.“

„Anch „Mittelranken“ berichtet: „In 8164 Fällen wurden die Renteneempfänger kontrolliert, d. i. 34,4 Proz. aller Renteneempfänger. Von den 8164 erholten ärztlichen Kontrollgutachten führten 787 = 24,8 Proz. zu Rentenaufhebungen und 1108 = 34,8 Proz. zu Rentenerhöhungen.“

„Der glatte Verlust des Nagelgliedes des rechten Daumens bedingt nach eingetretener völliger Gewöhnung eine Minderung der Erwerbsfähigkeit nicht mehr. Ebenso beeinträchtigt der glatte Verlust des Nagelgliedes des linken Daumens die Erwerbsfähigkeit um weniger als 10 Proz. Das gleiche gilt vom Verlust des Nagelgliedes vom rechten Zeigefinger, zweier Glieder vom linken Zeigefinger und zweier Glieder des rechten Mittelfingers.“

„Wesfalen“ berichtet über die Höhe der gewährten Renten wie folgt:

An Entschädigungen waren zu gewähren:	
in 32 Fällen nur Kosten des Heilverfahrens,	
1044 „ Renten unter 25 Proz.,	
876 „ „ von 25-50 Proz.,	
318 „ „ 50-75 Proz.,	
233 „ „ 75-100 Proz. und	
2 „ „ über 100 Proz. (Häuflosenzente).	

Die Berufsgenossenschaft für den „Jagdkreis“ erklärt, daß die Landbewohner der irigen Ansicht sind, daß weil sie Beiträge zur Unfallversicherung bezahlen müssen, von derselben auch für alle Fälle eine Rente beanspruchen können.

„Es ist eine bekannte Tatsache, daß solche Personen in landwirtschaftlichen Betrieben, bei welchen es sich zum größten Teile um größere Betriebe handelt, zu denen keine besondere Geschäftlichkeit gehört, gegen den vollen Lohn Beschäftigung finden, einen mehrbaren Schaden also nicht erleiden. Gleichwohl müssen solche kleinen Renten unter dem Zwange der gesetzlichen Bestimmungen und der bestehenden Rechtsprechung bewilligt werden.“

„In der herrliche“ Gesetzgebung sorgt schon dafür, daß die armen Verletzten keine „nennenswerten Vermögensverluste“ sich verschaffen können. Während die Renten der gewerblichen Arbeiter nach dem wirtlichen Jahresverdienste berechnet werden, bei Anfangsgehältern sogar der höhere Verdienst langjähriger Arbeiter angenommen werden muß, ist für die landwirtschaftlichen Verletzten der Jahresarbeitsverdienst maßgebend festgesetzt.

	für Erwachsene	Jugendliche Arbeiter		
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Rönnigsberg . . .	360 M.	200 M.	160 M.	130 M.
Marientwerder . . .	300 „	220 „	180 „	120 „
Frankfurt a. D. . .	420 „	270 „	225 „	225 „
Röslin	380 „	300 „	150 „	150 „

Ein männlicher Verletzter im Bezirk Marientwerder erhält also bei einem Jahresarbeitsverdienst von 300 M. ganze 200 M. Volkrente im Jahre oder 16,60 M. im Monat! Eine verletzte Frau gar bloß 12,50 M. per Monat, Jugendliche entsprechend weniger!

„Und wie sehr die Kleinbauern unter dieser niedrigen Hungerrente zu leiden haben, ergibt sich aus der Statistik mancher Verichte. So lesen wir im Bericht der „Pfalz“, daß von den im Berichtsjahre erstmalig entschädigten 955 Unfällen 812 = 85,1 Proz. auf Betriebsunternehmer und deren Angehörige und nur 143 = 14,9 Proz. auf Dienstboten und Arbeiter entfielen.“

„Da man für die gewerblichen und industriellen Arbeiter auf die kleinen Renten von 10 bis 20 Prozent keinesfalls wird verzichten wollen und können, so können die Landwirte für ihre Arbeiter auch nicht darauf verzichten, da sie sonst bei dem großen Arbeitermangel ihre Arbeiter nur noch mehr von sich abwenden und der Industrie zuführen würden.“

„Daß durch eine Milderung der Gesetzgebung die kleinen Renten unter 20 Prozent in Wegfall kommen könnten, erscheint einerseits aussichtslos und andererseits mühte befürchtet werden, daß der Kampf um die Mindestrente nur ein um so heftigerer werden würde.“

„Sämtliche Berufsgenossenschaften konnten mit ihren Erfolgen an den Schiedsgerichten, Nicht-Versicherungsamt und Landes-Versicherungsämtern sehr zufrieden sein. Der „Jagdkreis“ berichtet, daß in 80 Prozent sämtlicher Fälle die Genossenschaft sich mit ihren Entscheidungen im Recht befanden hat.“

„Die Berufsgenossenschaft für „Braunschweig“ steht die Gefahr und schreibt: „Daß durch eine Milderung der Gesetzgebung die kleinen Renten unter 20 Prozent in Wegfall kommen könnten, erscheint einerseits aussichtslos und andererseits mühte befürchtet werden, daß der Kampf um die Mindestrente nur ein um so heftigerer werden würde.“

„Weser“ steht wieder im Alkoholgenuß eine große Unfallgefahr und entschuldigt aber die Betriebsunternehmer, obgleich der Schnaps ein Teil des Lohnes bildet; wie folgt: „Wenn diesen aber zugemutet werden soll, wie das z. B. vorgeschlagen worden ist, jeden landwirtschaftlichen Arbeiter, der bei der Arbeit alkoholische Getränke zu sich nimmt, sofort von der Arbeit wegzunehmen, so hätte das zur Folge, daß mangels geeigneten Ertrages an Arbeitskräften die oft dringenden und einen Aufschub

nicht vertragenen landwirtschaftlichen Arbeiten liegen bleiben müßten und nicht rechtzeitig ausgeführt werden könnten.“

„Die bayerischen Aufsichtsbeamten haben dagegen von einem „Mißbrauch alkoholischer Getränke nichts bemerkt!“

„Ueber „Arbeitermangel“ sagen viele Verichte und wollen damit die Ausbreitung jugendlicher Arbeiter entschuldigen. So schreibt die „Berufsgenossenschaft für Niederbayern“: „Jugendliche und weibliche Arbeiter werden an den Maschinen sehr häufig verwendet. Dies kommt daher, daß der Landwirt erwachsene männliche Arbeiter nur mehr sehr schwer zu bekommen weiß.“

„An eine Erhöhung der Hungerlöhne auf dem Lande, an eine Milderung der Gewerbeordnung will man aber nicht gehen.“

„Die gewerblichen und industriellen Unternehmer haben zwar auch jedenfalls die vollen Beiträge zu zahlen, aber sie haben durch Preiserhöhungen für ihre Arbeitsleistungen und Produkte diese Belastung in ihrem vollen Umfange auf die Konsumenten abgewälzt.“

„Weser“ fordert den „Arbeitsnachweis“ für Verletzte, damit noch billiger Arbeitskräfte zu erhalten sind, „schlechte Arbeitsgelegenheit den ersten Anlaß zur Unzufriedenheit mit der zugewilligten Rente gibt.“

„Die Berufsgenossenschaft „Gotha“ petitionierte wieder um die „Ermäßigung der an die Gemeindeverbände des Herzogtums für die Einziehung der Beiträge zur Genossenschaft zu zahlenden Gebühre von 4 Proz.“

„Das ist ja sehr „bedauerlich“. Die Gemeinden sollen die Krüppel versorgen und die Beiträge womöglich noch umsonst einziehen? Bescheiden sind die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wahrlich nicht. Sie sind ja von unseren Agrariern verworfen!!“

Aus der Partei.

Gemeindevahlen.

Bei der Bürgerauswahlwahl in Kirchheim (Heidelberg) wurden zwei Sozialdemokraten gewählt. Die früher herein-gefallenen Nationalliberalen suchten dadurch unseren Sieg zu vereiteln, daß sie den sozialdemokratischen Antrag auf Verbesserung der Lage der Gemeindevorsteher als Befehl einer Unlogenerhöhung an die Wand malten.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben. In über fünftausend Exemplaren ist die Nr. 3, die vor einigen Tagen erschienen ist, verschickt worden, und noch fortgesetzt gehen Bestellungen ein.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Die „Schleswig-Holsteinische Landpost“, welche monatlich einmal erscheint und durch die in Altona domizilierende Agitationskommission für Schleswig-Holstein allen den Leuten auf dem flachen Lande, die sich dafür interessieren, gratis zugesandt wird, hat sich bereits viele Freunde erworben.

Soziales.

Zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes. In erfreulichem Gegensatz zu der Beherrschung des Inhalts der Gewerbeordnungnovelle steht die gestern abend im „Reichs-Anzeiger“ erfolgte Veröffentlichung über den Entwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896.

„Wenn diesen aber zugemutet werden soll, wie das z. B. vorgeschlagen worden ist, jeden landwirtschaftlichen Arbeiter, der bei der Arbeit alkoholische Getränke zu sich nimmt, sofort von der Arbeit wegzunehmen, so hätte das zur Folge, daß mangels geeigneten Ertrages an Arbeitskräften die oft dringenden und einen Aufschub

Prüfung mitgeteilt ist, „um auch weiteren Kreisen zur Meinungs-
äußerung Gelegenheit zu geben“. Der Arbeiterklasse, auf deren
geistiger und körperlicher Arbeit die Kultur beruht, ist der sie be-
treffende Gewerbeordnungsnovellen-Entwurf bekanntlich bis heute noch
nicht bekannt gemacht. Auch diese verschiedenartige Behandlung der
Gesetzesvorbereitungen zeigt, daß der Reichskanzler, in dessen Namen
das Reichsamt des Innern vorgeht, die Arbeiter für mindereren
Rechts hält als die, deren Existenz durch die Arbeit
der Arbeiter ermöglicht wird.

Der Inhalt des veröffentlichten Entwurfs steht in auffälligem
Gegensatz zu seiner Länge und der seiner Erläuterungen. Es ist ein
Hilfswerk, dessen Notwendigkeit sich infolge der schwindenden
Judikatur herausgestellt hat. Dem unlauteren Wettbewerb kann ein
mit den Lebensverhältnissen vertrautes Gericht sehr leicht an den
Stragen ohne ein besonderes Wettbewerbsgesetz. Der § 828 des
Bürgerlichen Gesetzbuchs gibt, wie die Erläuterungen anerkennen, in
sehr vielen Fällen die Möglichkeit zum Einschreiten. § 828 lautet:
„Wer in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise einem
anderen vorzüglich Schaden zufügt, ist dem anderen zum Ersatz des
Schadens verpflichtet.“ Dieser Grundsatz kann — freilich nur
unter der Voraussetzung, daß er von Richtern gehand-
habt wird, die mit den Verhältnissen des wirtschaflichen
Lebens vertraut sind — dem unlauteren Wettbewerb den
Garauß machen, soweit das innerhalb der heutigen auf Ausbeutung
des Menschen durch den Menschen beruhenden Gesellschaftsordnung
möglich ist. Den Beweis hierfür hat Frankreich geführt. Der Artikel
1382 des Code civil („Jede Handlung eines Menschen, die einem
anderen Schaden verursacht, verpflichtet den, durch dessen Schuld der
Schaden entstanden ist, zum Schadenersatz“) ist vordbildlich für die
Bekämpfung des illegalen Wettbewerbs durch allerdings mit Laien-
richtern besetzte Gerichte gewesen. Wer nun erwartet hatte, der
Entwurf schlägt nun endlich eine Ergänzung des Wettbewerbsgesetzes
dadurch vor, daß er die Rechtsprechung Richtern überträgt, die nicht
von der politischen Laune der jeweiligen Regierungen abhängig und
mit den praktischen Lebensverhältnissen vertraut sind, über-
trägt — also Richtern, gewählt aus allen Kreisen der
Bevölkerung durch das Volk — ist enttäuscht. Die langen Erlä-
uterungen lassen dies wesentlichste Mittel zur Be-
kämpfung des unlauteren Wettbewerbs unberücksichtigt. Sie gehen
den Weg der Spezialgesetzgebung, der faktisch Vorge schlagen
werden einige neue Fassungen gegen den schwindelhaften Aus-
verkauf und gegen gleiche Konkurrenz-Aus-
verkäufe. Unter Strafdrohung sollen bei Ausverkäufen die
wahren Gründe des Ausverkaufs künftig angegeben werden. Ver-
teilerischen Nachschüben bei Ausverkäufen soll ein Kiegel vor-
geschoben werden. Und dünkelt, alles das, was der neue Entwurf
treffen will und besonders hervorhebt, konnte bereits auf Grund
des bestehenden Gesetzes getroffen werden und ist auch
in einer Reihe Reichsgerichts-Entscheidungen als bereits
unter die bestehenden Strafvorschriften fallend bezeichnet.
Hält man den Weg der ausdrücklichen Hervorhebung
einzelner Fälle des unlauteren Wettbewerbs für notwendig, so gibt
man damit zu, daß man zu der heutigen Rechtsprechung das Ver-
trauen nicht hat, daß sie die Betrugsvorschriften und die Be-
stimmungen des unlauteren Wettbewerbs richtig zu handhaben ver-
steht. Dann sollte man konsequent sein und nicht davor zurück-
schränken, endlich die zur Bindung des Rechts durchaus ungeeignete
heutige Organisation der Rechtspflege an Haupt und Gliedern von
Grund auf zu reformieren. Das Hindernis des Gesetzesentwurfes
verlegt dem Schwandel nicht den Weg, sondern leitet ihn nur
auf andere Bahnen, erleichtert ihm also, wenn auch wider
Willen sein Fortbestehen. Das ist die natürliche Folge jeder
kautistischen Gesetzgebung. Die Folge des Gesetzesentwurfes würde
sein: ein paar Strafparagrafen mehr, Vermehrung einiger un-
gerechten Richterpräsidien, freisprechender oder verurteilender Natur —
im übrigen bleibt wie's war. Dem Mittelstand kann auf
diesem Wege nicht im geringsten geholfen werden. Ver-
mehrung von Strafparagrafen schafft keine Besserung der Rechts-
pflege. Den Regierungen sollte jedes geeignete Mittel zur Minderung
schwindelhaften Wettbewerbs genehm sein. Darum verweist sie sich
darauf, daß für diesen Zweck wirksamste Mittel — Erlass der „ge-
lehrten“ Juristen durch Richter, die vom Volk aus allen Kreisen der
Bevölkerung entnommen sind — nicht in Vorschlag zu bringen?
Der Entwurf bringt dem realen Handel ein paar Strafbestimmungen
mehr, aber keinen Schutz. Und auf den hat er Anspruch.

Ausländische Arbeiter sollen nur landwirtschaftliche Sklaven sein.
In mehreren märklichen Kreisen hat, offenbar infolge höherer
Anordnung, die Polizei an Wirt, bei welchen Ausländer wohnen,
Verfügungen zugehen lassen, durch die sie bei Strafe aufgefordert
werden, die bei ihnen wohnenden Ausländer zu entlassen. So
lautet eine im Amtsbezirk Alt-Blonitz des Kreises Teltow-
Westow erlassene Verfügung wie folgt:

Der Amtsvorsteher des Amtsbezirks Alt-Blonitz.
Z. Nr. A. 19584. Adlershof, den 12. Dezember 1907.
Den nicht in der Landwirtschaft beschäftigten ausländisch-
polnischen Arbeitern ist der Aufenthalt in Preußen nicht ge-
statet.

Ich verbitte Ihnen daher für die Zukunft die Beherbergung
solcher Arbeiter und fordere Sie gleichzeitig hiermit auf, die
etwa jetzt noch bei Ihnen wohnenden ausländisch-polnischen Ar-
beiter bis spätestens zum 18. Dezember 1907 zu entlassen.
Für jeden Fall der Zuwiderhandlung werde ich eine Ihnen
hiermit angeordnete Strafe von 80 Mark, an deren Stelle im
Unvermögensfälle eine sieben tägige Haft tritt, gegen Sie fest-
setzen.
v. Rüglicomsta.

Gegen diese Verfügung wird hoffentlich von den Beteiligten
das Verwaltungsstreitverfahren beschritten werden, denn sie ver-
stößt gegen die Staatsverträge und gegen die aus
dem Bürgerlichen Gesetzbuch folgende Ver-
pflichtung zum Innehalten der Verträge. Erst legt
das Großgrundbesitzeramt und nicht minder der preussische Minister
für öffentliche Arbeiten ausländische Arbeiter nach Deutschland.
Und wenn die Betreffenden solange in Deutschland sich aufhalten,
daß sie Verständnis für die ihnen auferlegte Rolle der Lohn-
drückerei finden — weist man sie aus oder ordnet gar an, daß
die Wirt die Mietverträge brechen!

Aus Industrie und Handel.

Kunstseide.

Zu den Industriezweigen, die in kurzer Zeit einen mächtigen
Aufschwung genommen haben, gehört die Fabrikation künstlicher
Seide. War wurden die ersten Versuche der Nachbildung der Seide
des Maulbeerwurm schon im Jahre 1884 gemacht und zwar von
einem Franzosen Hilaire de Chardonnet, dem es auch gelang, aus
einer Lösung von Nitrocellulose oder Schießbaumwolle in Aether
und Alkohol fadenförmige, haltbare Fäden herzustellen. Dieser
Weg blieb lange der einzige und ist auch jetzt noch der am meisten
benutzte. Die Nebenstoffe, die diese Kunstseide mit allen Nitro-
körpern, z. B. Zellulose, Schießbaumwolle, Nitroglycerin und anderen
Sprengstoffen teilt, daß sie unter gewissen Umständen eine
explosionsartige Zersetzung oder Verbrennung erleiden, lenkte
die Forschungen dahin, die Zellulose auf andere Weise
als in nitrirtem Zustande in Lösung zu bringen. Gute
Resultate erreichte man durch die Verwendung der schon lange
bekanntem Eigenschaften der Zellulose in Kupferoxydammonial löslich
zu sein. Man fällte diese Lösung durch Chlorammonium oder

Ammoniumsalz und füllte den halbrohen Niederschlag der
amorphem Zellulose in Fäden gepresst durch eine Eisenvitriollösung,
woran die völlig getrockneten Fäden auf Halpeln aufgewickelt
wurden. Die hiermit gemachten Versuche ergaben sehr befriedigende
Resultate und das Verfahren wird in einer der jüngsten aber zu-
gleich größten Fabrik des Supperials ausbühlich angewendet.
Diese auf verschiedene Weise hergestellten Kunstseiden übertreffen an
Glanz und an Leichtigkeit, farblos zu färbem, die Naturseide.
Nur die Festigkeit der Fäden ist bei ihnen um etwa die Hälfte ge-
ringer. Während ein Faden echter Seide bis 300 Gramm ohne zu
zerreißen trägt, liegt die Grenze der Zerreibbarkeit bei Kunstseide
schon bei einem Gewicht von 110—120 Gramm. Aber das hindert
nicht, sie zu einer ganzen Reihe von Fabrikationen zu verwenden;
so werden Passamenten und Futterstoffe jetzt ausschließlich oder
zum Teil aus ihr hergestellt.

Von welcher Bedeutung diese verschiedenen, durch Patente ge-
schützten Kunstseidenfabrikationen sind, erzieht man aus einer Ver-
gleichung mit der Produktion an Naturseide und ihrer Rentabilität.
Die Gesamtproduktion an Naturseide war im Jahre 1904
21 145 000 Kilogramm, die der Kunstseide im Jahre 1906 2 400 000
Kilogramm, im Jahre 1907 etwa 2 900 000 Kilogramm. Italien
produzierte 1904 noch 5 900 000 Kilogramm Naturseide, Frankreich
nur noch 824 000 Kilogramm, aber seine Produktion an Kunstseide
ist jetzt etwa viermal so groß. Den Hauptteil der in Frankreich pro-
duzierten Kunstseide liefert die Chardonnet-Gesellschaft; sie verteilte
bei einem Aktienkapital von 2 000 000 Franc in den Jahren 1904 und
1905 je 50 Proz. Dividende. In Deutschland sind die Hauptfabriken
von Kunstseide die Vereinigten Kunstseidenfabriken in Frankfurt a. M.,
sie verteilte bei einem Aktienkapital von 3 650 000 M. im Jahre
1906: 20 Proz., bei 3 500 000 M. im Jahre 1905: 35 Proz., bei
3 000 000 M. im Jahre 1904 ebenfalls 35 Proz., bei 2 500 000 M.
im Jahre vorher 15 Proz. Dabei verdient noch bemerkt zu werden,
daß im Jahre 1905 der Reingewinn 2 400 000 M. betrug, dagegen
insgesamt an Löhnen nur 1 089 647 M. ausgegeben wurden. Die
Vereinigten Elberfelder Glasstoff-Fabriken arbeiten nach dem
Kupferoxydammonial-Verfahren. Sie haben im letzten Jahre mit
ihrem Aktienkapital von 2 500 000 M. einen Reingewinn von
2 000 000 M. erzielt und einen Reservefond von 1 800 000 M. Nach
dem Chardonnet-Verfahren arbeitet auch eine belgische Gesellschaft
in Brüssel. Nur in England haben die Kunstseidenfabriken keine
große Ausdehnung erfahren.

Das Kapital zieht, wie man sieht, aus der Kunstseidenfabrikation
einen hohen Gewinn: die Löhne der betreffenden Arbeiter stehen
dazu in keinem Verhältnis. Hierzu kommt, daß diese Arbeit für sie
mit mancherlei Gesundheitschädigungen und Gefahren verknüpft ist.
Während die Arbeiter in den Chardonnetfabriken durch die bei Ver-
stellung der Nitrocellulose auftretenden gefährlichen nitrosen Gase viel
zu leiden haben und auch von den Aetheralkoholdämpfen bei Ver-
dunstung der Lösungen arg belästigt werden, sowie von Explosions-
gefahr bedroht sind, sehen sich die Arbeiter in der Elberfelder
Kupferammonialfabrik den Änden Ammonialdämpfen in hohem
Grade ausgesetzt.

Konkursstatistik.

Nach der vorläufigen Mitteilung des kaiserlichen Statistischen
Amtes zur Konkursstatistik gelangten im 3. Vierteljahre 1907 im
Deutschen Reiche 2205 neue Konkurse zur Abhandlung, gegen 2004 im
3. Vierteljahre 1906. Es wurden 399 (403) Anträge auf Konkurser-
öffnung wegen Mangels eines auch nur die Kosten des Verfahrens
bedeckenden Massebetrages abgewiesen und 1806 Konkursverfahren
eröffnet; von letzteren hatte in 1007 Fällen ausschließlich der Ge-
meinschaftsdarlehner die Konkurseröffnung beantragt. Beendet wurden im
3. Vierteljahre 1907: 1839 (im 3. Vierteljahre 1906: 1782) Konkurs-
verfahren, und zwar durch Schuldverteilung 1248, durch Zwangs-
vergleich 413, infolge allgemeiner Einwilligung 46 und wegen
Masse mangels 132. In 789 beendeten Konkursverfahren war ein
Gläubigererwerb besetzt.

Konkursverfahren betrafen:	2005 neuen und den 1899 beendeten	
	1907	1906
natürliche Personen	1602	1495
Rachlässe	357	422
Handelsgesellschaften	107	96
Genossenschaften	24	15
andere Gemeinschaftsdarlehner	55	36

Aus der Frauenbewegung.

Der erste Streit.

Erstend sah Frau Lehmann in der dunklen Küche und starrte
unterwandt in die erlöschende Glut des Herdfeuers. Anni, seine
junge Frau, hatte die Stubentür frohend hinter sich ins Schloß ge-
worfen und sich sofort ins Bett gelegt, wo sie noch lange in die
Kissen schlugte. Ein Ehegatte (sic!) und alles wegen der Zeitung.
Als aufgestärker, politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter
las Lehmann, wie sich's gehört, den „Vorwärts“, seine Frau wollte
aber nun durchaus die „Morgenpost“ haben. Den „Vorwärts“
mochte sie nicht, dabei gab sie aber keinen Grund dafür an, gemein-
lich mochte ihn nicht, blühte nicht hinein und rührte ihn nicht ein-
mal an. Trotzdem blieb Lehmann, der sonst in den meisten
Dingen gutmütig nachgab, in dieser Beziehung fest auf seinem Stand-
punkt stehen. Seine Anni war ein ganz tüchtiges, manerliches Weib.
Nur in diesem Punkte wollte sie keine Vermunft annehmen, trotz der
erdentüchtigen Nähe, trotz alles päpstlichen Jurebens. Sicher stellten
da dritte Personen dahinter, die ihr mit nichtsnutzigen Ratschlägen
den Kopf verdrehten. Aber jetzt ging Frau Lehmann auch die Ent-
scheidung mit erschauernder Deutlichkeit auf, daß er vor der Hochzeit,
in den zwei Jahren, veräugt hatte, seine Frau, wie es seine
Pflicht gewesen wäre, in die politischen und gewerkschaftlichen Ver-
strebungen und Ziele einzuwöhnen und sie über die wichtigsten Pflichten,
auf die notwendigen Aufgaben der Arbeiterfrau im Bekleidungs-
kampf aufmerksam zu machen, sie zu einer wackeren Kämpferin
heranzubilden. All die trübten Stunden, die er jetzt durchkosten
mühte, und die sein sonst so friedliches Gemüt verärgerten und
verbiterten, wären ihm dann erspart geblieben. Jetzt bereute er
diese Nachlässigkeit bitter, doch es war zu spät. Zu spät! Es darf
nicht zu spät sein, kommt Zeit, kommt Rat, der „Vorwärts“ bleibt
im Hause. Mit einem Aufstand stand Lehmann auf. Das Feuer war
nun ganz erloschen und es froh über. Reile künfte er die Tür auf
und schloß auf den Jalousien an das Bett seiner Frau. Sie hatte
die Augen geschlossen und er wollte bedächtig einen Gutenachtkuß
auf die weiche, schöne Stirn drücken, aber die Schlafzimerin hatte es
gemerkt und hastig zog sie die Decke über den Kopf. Am nächsten
Morgen stand er schlecht gekläumt auf. Der Kaffee war schon bereit,
doch Frau Anni war nicht zu sehen. Sonst hatte sie wenigstens,
wenn die Zeitungsfrau kopfte, den „Vorwärts“ hereingenommen,
heute schien sie es absichtlich unterlassen zu haben, denn er
lag nicht da.

Wenigstens suchte Lehmann einen Freund auf, um mit diesem einer
Verfassungsverammlung beizuwohnen. Dem Freunde schätzte er sein
Herz aus und sie sprachen eingehend über die Sache. Als Frau nach
seiner Wohnung schlenderte, pfiff er ein lustiges Liedchen. Am
nächsten Abend kam er in der Parteipredigt die letzte Nummer
der „Gleichheit“. Nach dem Abendbrot, bei dem weder er noch seine
Anni ein Wort gesprochen hatte, setzte er sich breit an den Tisch und
legte die „Gleichheit“ ausinander. Dann las er, las und las, ohne
sich scheiden um seine Frau zu kümmern, die erst ganz verdundt
dreinschaute, nachher aber von Zeit zu Zeit neugierig über seine
Schalter blinzelte. Später muß sie schlafen, wie am Abend vorher,
während er das Blatt zu Ende las und wieder leise in die Stube
schlich. Hier legte er etwas umständlich die „Gleichheit“ in die
Kommode, merkte sich aber die Lage ganz genau. Am nächsten Abend
wiederholte sich dieselbe Szene. Diesmal las er eine dünne, leicht-
verständliche Agitationsbrochüre. Als er diese nachher ebenfalls in
die Kommode legte, merkte er sofort, daß die „Gleichheit“ ihre Lage
verändert hatte. Das ging noch einige Tage so an, als er wieder
die neueste Nummer der „Gleichheit“ beiseite gelegt hatte, fand er

sie am anderen Abend, als er nach Hause kam, auf dem Tische
liegen. Er ließ aber nichts merken, sondern ging in die Stube, und
als er wieder in der Küche erschien, war die „Gleichheit“ ver-
schwunden und sein Lieblingsgericht, Schweinefleisch mit Sauer-
kraut, stand auf dem Tische. Nun mußte das Eis bald brechen,
und er nahm sich vor, den Anfang zu machen. Nach dem Essen
müde er sich und zog sich um. Sie spülte das Geschloß ab. Da
nahm er ihr braunes Lockenbüschel in beide Hände und sah ihr
lachend in die feuchten Augen. Sag' mal, Maus, wie lange willst
Du denn noch machen? und als sie immer noch nicht sprach,
wirbelte er wie toll mit ihr in der Küche herum und trüßerte über-
mühtig: „Trotz' nicht so, trotz' nicht so, morgen bist Du wieder
froh, holdris, trotz' nicht so — — —!“ Nun mußte Anni doch
herzlich lachen. „Willst Du mitkommen, kleiner Trotzlopf?“
füllerte er ihr neckend ins Ohr. Sie fragte nicht, wohin, nicht aber
zustimmend. Stumm und glücklich schritten die beiden hernach durch
die belebten Straßen und bald sahen sie in einem großen Saal, der
knappfüßlich mit Menschen besetzt war, darunter sehr viele Frauen.
Oben auf der Tribüne aber stand eine Frau und sprach in zündenden
Worten von der Armut der Beschäftigten, von der Frauen- und Heim-
arbeit, von der Ausbeutung der armen Kinder, vom Familienelend
und von der Teuerung, und der Vortrag klang in einem wuchtigen,
flammenden Appell an die Frauen aus, sich zu organisieren und
mitzulämpfen gegen alle Unterdrückung und vor allem die Arbeiter-
presse und die „Gleichheit“ zu lesen. Mit geröteten Wangen und
glänzenden Augen hatte Frau Anni der Rede gelauscht. Als sie nun
am Arme ihres Mannes ihrer Behausung zurückkehrte, raunte sie ihm
verschämt ins Ohr: „Freig, bist Du mir noch böse?“ — „Ja?“, er
lachte hell auf: „i wo, Herz, Schwamm drüber!“ — „So was soll
und wird nicht mehr vorkommen und gleich morgen abonnieren wir
auf die „Gleichheit“.“

Die Sozialdemokratische Föderation in London veröffentlichte
soeben ein Manifest zugunsten des allgemeinen Wahlrechts für alle
Erwachsenen. Ausgehend von den Stuttgarter Beschlüssen, faßt die
Schrift kurz alle Gründe zusammen, die für Bewährung des all-
gemeinen Wahlrechts an die Frauen sprechen. Es folgt eine ge-
drängte Darstellung des auf dem Gebiete des Frauenwahlrechts in
den verschiedenen Ländern bereits Erreichten. Schließlich werden
die Genossinnen und Genossen aufgefordert, in eine zielbewußte
Bewegung einzutreten, Versammlungen abzuhalten, die für diese
Frage vorhandene Literatur (angeführt wird Clara Zetkins kleine
Flugschrift „Frauenstimmrecht“) zu verbreiten usw.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Merseburg. Mittwoch, den 18. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Reichert,
Chauffeestr. 27, Vortrag: Frau Lungwitz.

Gerichts-Zeitung.

§ 153.

Die Klempner Sipplie und Löwinger hatten sich am 13. De-
zember vor dem Gericht in Panow auf Grund des § 153 der Ge-
werbeordnung zu verantworten. Sie sollten den Zimmererpolier
Vornhagen durch die Drohung mit ihrer Arbeitsniederlegung zu
bestimmen versucht haben, den Tischler Neupert, der während des
Zimmererstreiks Streitarbeit machte, zu entlassen. Das Schöff-
gericht Panow lehnte die Erfüllung des Hauptvertrages ab, da
selbst, wenn die tatsächlichen Behauptungen der Anklage richtig
wären, § 153 deshalb nicht Anwendung finden könne, weil höchstens
Vornhagen, nicht aber Neupert bedroht wäre. Hierauf allein
kam es aber an. Auf die Beweise der Amtsanwaltschaft er-
öffnete die Strafkammer das Verfahren.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, führte aus, daß
der Beschluß des Gerichts in Panow durchaus zurechtend sei.
Die Strafkammer machte sich des Rechtsirrtums schuldig, der zu
einer vollständigen Vernichtung des Koalitionrechtes führte, daß
auch Drohungen gegen den Gegner im Lohnkampfe unter § 153 fuß-
sumiert werden können. Das Kammergericht und neuerdings
endlich auch das Reichsgericht haben das Verstehe dieser Ansicht
erkannt. Die Zeugenvernehmung, die sich lediglich auf Verneh-
mung des Belastungszeugen Vornhagen beschränkte, ergab zudem
noch, daß von einer Drohung bei beiden Angeklagten keine Rede
sein konnte. Vornhagen mußte unter seinem Eid zugeben, daß
Löwinger mit ihm überhaupt nicht gesprochen habe. Sipplie habe
lediglich zu ihm gesagt: „Meister, Sie beschäftigen einen Inorgani-
sierier. Wenn die Laufkontrolle kommt, können wir möglicherweise
deshalb Unannehmlichkeiten haben.“ Vornhagen erwiderte darauf,
daß er den Inorganisierten weiter beschäftigen wolle, womit
Sipplie sich zufrieden gab. Er arbeitete ruhig weiter mit Neupert
zusammen, der heute noch bei der Firma in Stellung ist. Beide
Angeklagte wurden hierauf freigesprochen.

Der Maurer Bierbedi war vor demselben Gericht angeklagt,
bei Gelegenheit des Bauarbeiterstreiks im Sommer d. J. versucht
zu haben, den Bauarbeiter Alisch mittels Drohung mit einem
Verbrechen zur Arbeitsniederlegung zu bestimmen. Zugleich war
Bierbedi des Vergehens aus § 153 angeklagt. In der Haupt-
verhandlung ergab sich, daß der angeblich Bedrohte, ein ganz junger
Mensch, dem Angeklagten, einem alten, unbestraften Mann, zu-
gerufen hatte: er solle lieber Befehle sammeln gehen, als Streik-
posten stehen. Alisch behauptete, daß ihm der Angeklagte darauf
Prügel angedroht habe. Die übrigen Zeugen bestritten selbst dies.
Das Gericht fand in Uebereinstimmung mit den Ausführungen
des Verteidigers, Rechtsanwalt Heinemann, in der Vernehmung des
Angeklagten, selbst wenn sie wirklich gefallen wäre, höchstens eine
Erwiderung auf die ihm zugefügte Beleidigung, keine Drohung
und kein Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung und sprach den
Angeklagten frei.

Der Bauarbeiter Kunkel sollte bei Gelegenheit des Bauarbeiter-
streiks im Sommer d. J. den Steinträger Vunge mit der Faust
ins Gesicht geschlagen haben, um ihn damit zum Anschluß an den
Streik zu bewegen. Außerdem sollte Kunkel den Polier Niesel,
um ihn zum Folgeleihen der Wünsche der Streikenden zu bewegen,
im Juli d. J. gedroht haben, er beläme solch Prügel, daß er
genug hätte. Kunkel wurde darauf wegen Körperverletzung, Ver-
dröhung und Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung in zwei
Fällen angeklagt. Das Schöffengericht Berlin-Weßling hielt den
Angeklagten trotz seiner Einwendung im Sinne der Anklage für
überführt und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis, wäh-
rend der Amtsanwalt selbst nur einen Monat beantragt hatte.
Dagegen legte Kunkel Berufung ein. Er wendete vor der Straf-
kammer ein, daß er nur deshalb dem Vunge einen Schlag gegeben
habe, weil dieser ihn ohne jeden Grund am Tage vorher eine tüchtige
 Ohrfeige verabreicht hatte. Die Beweisaufnahme ergab die
völlige Richtigkeit dieser Behauptung. Selbst die Arbeitswilligen,
die als Belastungszeugen geladen waren, mußten zugeben, daß
Vunge ohne jeglichen Anlaß den Angeklagten am Tage vorher ge-
schlagen hatte, da die Arbeitswilligen damals gegenüber den
Streikenden in der Uebergang waren. Kunkel habe weder dem
Vunge noch sonst jemandem etwas zu Leide getan. Niesel be-
hauptete, daß Angeklagter ihm Prügel angedroht habe, da er seinen
Arbeitswilligen verboten hatte, mit den Streikenden zu sprechen. An-
geklagter bestritt dies.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heinemann, beantragte, den
Angeklagten lediglich wegen einfacher Körperverletzung mit einer
kleinen Geldstrafe zu beladen. Kunkel habe dem Vunge lediglich
einen Schlag gegeben, weil dieser ihn am Tage vorher ohne jeden
Grund gemißhandelt hatte. Daß Kunkel den Vunge zum Anschluß
an den Streik veranlassen wollte, dafür fehlt jeder Anhalt. Des-
halb entfalle die Anwendung des § 153. Im Falle Niesel könne
von dessen Anwendung schon deshalb keine Rede sein, weil Niesel
Gegner des Angeklagten im Lohnkampfe war, der § 153 aber nur
den Terrorismus gegen die auf derselben Seite der Lohnbewegung
Stehenden bekämpfen wolle. Die Strafkammer folgte diesen Aus-
führungen und setzte die Strafe von 3 Monaten Gefängnis auf
50 Mark Geldstrafe herab.
Gibt es für Behörden keine zweckdienlichere Aufgaben als die
Konstruktion und Verfolgung solcher Anklagen?

Gegründet 1825.



Eleganz. Schutzmarke.

Fr. Hahn

BERLIN C. Alexanderplatz.

Hahn's billige Weihnachts-Angebote.

Weißer Linontaschentücher für Damen und Herren. Gesäumt. Vorzüglich in Haltbarkeit und Wäsche. In Delfter-Karton-Verpackung.

Größe 46 cm, per Dtzd. M. 2.10

Weißer Jacquard-Handtücher, Kreppgewebe mit modernen Blumenmustern, gesäumt und gebändert.

Größe 50x110 cm M. 7.60

Louisianatuch für Leib- und Bettwäsche, 82 cm breit, 20-Meter-Stück

Coupon in Weihnachtsaufmachung, per Stück M. 9.50

enthaltend: 4.10 m Stoff 130 cm breit
3.50 " " 82 " "

ausreichend für 1 Deckbett
2 Kissenbezüge Coupon M. 5.25

Fertige Bettwäsche aus Louisianatuch

1 Deckbettzeug 130x200 cm
2 Kissenbezüge 82x82 cm
Garnitur zum Knöpfen oder Schnüren } M. 6.25

Ein großer Posten **prima Velour-Plüsch-Teppiche**

erprobt haltbarstes Fabrikat, vorjährige Muster

Größe	135x200 cm	170x230 cm	195x295 cm	265x335 cm	300x400 cm
sonst	M. 17.50	M. 27.50	M. 42.50	M. 70.00	M. 100.00
jetzt	M. 12.40	M. 18.75	M. 29.75	M. 46.75	M. 59.75

Einen Posten **Handarbeit-Steppdecken** aus bestem Seidensatin, in bordeaux, oliv, blau und fräse. Größe 155x200 cm. Sonst M. 9.75, jetzt M. 7.70

Schlafdecken in erprobt besten Qualitäten.

Echte Kameelhaardecke	8.50	11.00	16.50
Naturwollene Schlafdecke	4.25	5.75	6.50
Wollene Schlafdecken, bunt Jacquard-Muster	M. 8.50	10.50	

Der vorgerückten Saison wegen sind die Preise in meiner Damen-Konfektions-Abteilung bedeutend herabgesetzt zum Teil bis zur Hälfte des früheren Wertes.

Besonders billig: „Große Posten Elegante Abendmäntel, Tuch- und Plüsch-Paletots, Samt-Liftboys, Jackenkleider, Kostüme, Morgenröcke, Matinees und hochelegante Seiden-Unterröcke.“

Großer Posten **Seiden-Blusen, Tüll- u. Spachtel-Blusen** früherer Wert bis M. 28.50

Serie I	II	III
jetzt	4.80	7.80 11.00

Großer Posten **Kostüm-Röcke** in farbig und schwarz, fußfreie und lange Fassons, früherer Wert bis M. 18.50

Serie I	II	III
jetzt	M. 5.20	6.80 9.20

Großer Posten **Seiden-Samt und Velvet-Blusen** früherer Wert bis M. 26.—

Serie I	II	III
jetzt	6.80	9.00 11.50

Großer Posten **reichgarnierte Tuch- u. Moire-Unterröcke**, früherer Wert bis M. 10.—

Serie I	II	III
jetzt	M. 3.90	5.20 6.80



Wirkliche Kenner

Probieren geht über Studieren! haben stets das richtige Verständnis und bereiten sich auch ihren

Weihnachtsbedarf von Cognac, Rum, Likören, Punschextrakten etc. selbst, jedoch mit nichts anderem als den millionenfach bewährten „Original-Reichel-Essenzen“ und begnügen sich nicht mit den durchaus minderwertigen Nachahmungen derselben, sondern bestehen mit Recht auf die berühmte Marke „Lichterz“, die allein für die **Echtheit** und **Güte** bürgt. Original-Reichel-Essenzen sind bis auf die feinste Nuancierung gestimmt und geben auch die teuersten und edelsten in- und ausländischen Züfereigenschaften auf das genaueste und vollkommenste wieder.

Jeder Versuch wird ein Beweis dafür: Von Autoritäten der Wissenschaft rückhaltlos als Bestes anerkannt und von keiner Nachahmung erreichbar.

Otto Reichel, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.
Fernsprech-Anschlüsse IV, 4751, 4752, 4753.
Niederlagen in den durch meine Schilder kenntlichen Urogerien etc.
Wo nicht erhältlich, Versand ab Fabrik.
Man ver-lange **sofort** „Die Destillierung im Haushalt“ **kostenfrei!**

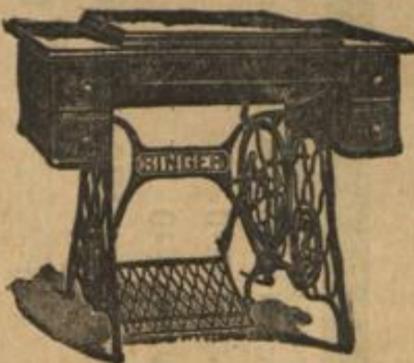
Auf Teilzahl. wöchentl. nur 1 M.
Grammophone, Phonographen, echte Menzenhauer-Zithern, Konzert-Zithern, Gelgen, Mandolinen, Handharmonikas usw.
Gr. Lager in Zonophon-Platt-Edison-Walz- usw.
Eigene Reparatur-Werkstatt.
Jahre's Musik-Spezial-Geschäfte
Berlin N., Ziemmerstr. 2, am Brunnenstr.
SO., Bräuerstr. 10, am Rottbuser Tor.
NW., Köpenickerstr. 22, am Bahnhof Weißensee.

Caviar
Malossol, Ia. 12.50-18.00 pro Pfund
Astrachan, großkörnig 9.00-10.00 pro Pfund
sowie **Sprotten und Spickaale**
zu den billigsten Tagespreisen offeriert
die Caviar- und Räucherfisch-Großhandlung
V. & A. Hucke
Kaiser-Wilhelmstr. 21. — Telephon: Amt III 1366.

Zu Weihnachten sind die nützlichsten Geschenke

SINGER

Nähmaschinen



käuflich in unsern sämtlichen Läden mit dem bekannten „S“-Schild.

SINGER CO.
Nähmaschinen Act. Ges.
Berlin, Leipzigerstraße 92.
Filialen in allen Stadtteilen.

Nur kurze Zeit liefere ich

vollständig umsonst



eine **Sprechmaschine** neuester Konstruktion bis zur elegantesten Ausführung, wenn Sie sich verpflichten, eine kleine Anzahl 33¹/₂ Zentimeter großer doppelseitiger Platten prima Fabrikat à M. 3.— per Stück von mir zu beziehen.

Abnahme 14tägig eine Platte. Auch liefern Sprechmaschinen, selbstspielende Musikwerke und Zithern auf Teilzahlung.

Wochenrate nur 1 Mark. Gegen Kasse billigste Preise.

J. Kurzberg,
Rosenthalerstraße 40/41, I.
(Hackescher Markt) und
An der Jannowitzbrücke 1, I.
Nur 1 Treppe, kein Laden.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Arfer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak**
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 127L*
Amt 4, 3014.

Die allerbeste Puppe
erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der Puppen-Fabrik **Otto Kreyszig**
jetzt nur **Brunnenstr. 83** früher Brunnenstr. 118.
Reparaturen beim Einkauf von Ersatzteilen gratis!

Eine köstliche Weihnachtsfreude
beruht mein neuester Platten-Apparat „VICTORIA“
Die Bauart und Tonwiedergabe dieser wirklich soliden Sprechmaschine erregen überall die größte Aufmerksamkeit. Preis nur 18 Mk. mit 200 Nadeln. Die Ten mit 2 Stück, be- spielt 1.50 Mk. 1000 Nadeln 1 Mk.
Phonographen von 1.50 Mk. an. Original-Edison- Walzen a 1 Mk., Münchener-Walzen a 75 Pf., Receptplatin aller Grö- ßen 50 Pf., Katalog grat. u. franco.
A. Pietschmann,
Berlin W. 506, Potsdamerstr. 77a,
gegenüber Botan. Garten.

Dr. Crato's Backpulver

kostet pro Päckchen 10 Pf., 3 Päckchen 25 Pf.
Gen.-Vertr.: **Alfred Hirsch,** Augsburgstraße 1.
Tel.-Amt VI, 5737.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 17. Dezember, abends 6 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Wedding und Gesundbrunnen im Köstner Hof, Köstnerstraße Nr. 8.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen H. Schreiber: Der Streik als Klassenkampf. 2. Diskussion. 3. Renzähl der Beitragskammer für Wedding und Gesundbrunnen. 4. Verhandlungsangelegenheiten. Die Kommission.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands Berlin II.

Mittwoch, den 18. Dezember 1907, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Ablehnung der weiteren Nachregelungunterstützung. 2. Abrechnung und Bericht vom Streik. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet.

Der Vorstand. Chr. Ohngemach, Vorsitzender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdori.

Donnerstag, 19. Dezember, abends 8 Uhr, bei Zitel, Bergstr. 151/152:

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tages-Ordnung:

Freilegung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung und Verbandsangelegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Mittwoch, den 18. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirksversammlung für Moabit

im großen Saal der „Kronenbrauerei“, Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Wolfenbühler über: „Die deutsche Sozialpolitik“. 2. Diskussion. 3. Beratung der von der letzten Generalversammlung noch nicht erledigten Paragraphen des Ortsstatuts. Nicht alle Kollegen und Kolleginnen sind in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Weihnachtstierstage wegen erfolgt die Auszahlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung an folgenden Tagen: Für den 20. und 21. Dezember am Freitag, 20. Dezember. 22., 23. u. 24. Dezember am Sonnabend, 21. Dezember. 25. und 26. Dezember am Montag, 23. Dezember. 27. und 28. Dezember am Dienstag, 24. Dezember. 29. und 30. Dezember am Freitag, 27. Dezember. 31. Dezember am Sonnabend, 28. Dezember.

Am 30. und 31. Dezember und 1. Januar 1908 bleibt der Arbeitsnachweis und das Bureau der Krankenunterstützung geschlossen!

Die erste Auszahlung erfolgt wieder am Donnerstag, den 2. Januar 1908.

Die Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten!

Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen des Reichstages über den Gesetzentwurf betreffend die gewerblichen Berufsvereine. Für Mitglieder ist der Preis 25 Pf. (Buchhändlerpreis 75 Pf.).

Die Ortsverwaltung.

Verein der Berl. Buchdrucker und Schriftgießer

Wie dem Unterzeichneten mitgeteilt worden ist, soll die aus der Tarifgemeinschaft ausgeschiedene Firma

Bernhard Paul

versuchen, ihre Druckarbeiten in anderen tariffreien Druckereien herstellen zu lassen. Sollten unsere Vertrauensleute davon Kenntnis erhalten, so bitten wir sie, uns sofort Nachricht zukommen zu lassen.

Der Gauvorstand. Albert Massini, Vorsitzender.



Uhren, Gold-, Silber-, Alfenidewaren
in größter Auswahl und moderner Ausführung
Reinh. Wankel
Brunnen-Straße 163
Gegründet 1877. zwischen Anklamer- und Invaliden-Straße.

Sozialdemokratischer Wahlverein des sechsten Berliner Reichstagswahlkreises.

Dienstag, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Gallschmieder, Badstraße 16:

Außerordentliche Generalversammlung

Tages-Ordnung: 1. Beschlussfassung über event. Anstellung von zwei bejohlenen Beamten. 2. „Kann die moderne Industriearbeiterklasse grundsätzlich gegen Kolonien sein?“ Referent Genosse Schippel. Korreferent Genosse Ledebour. 3. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwartet. NB. In der zweiten Hälfte des Januar findet die ordentliche Generalversammlung statt. Der Vorstand. D. O.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin N. 64, Brunnenstr. 188, Restaurant Wille. Amt IIIa, 4835.

Achtung!

Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Saalhabern unseren

kostenlosen Arbeitsnachweis, Brunnenstraße 188.

Geschäftszeit täglich von 10 1/2 - 1 Uhr mittags. Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.

BERLIN SO. Oranien - Straße nahe Hochbahnhof

Empfehle zum bevorstehenden Weihnachtseste zu streng realen, anerkannt billigen Preisen ein

Großes Lager

in Juwelen, Uhren, Gold- u. Silberwaren, Oranienstr. 206
in Wand- u. Stand-Uhren Oranienstr. 207
in Alfenide- u. Nickelwaren Oranienstr. 204

Letztere Sachen werden wegen alzu großen Lagers bis Weihnachten mit 20 bis 30 Prozent Rabatt verkauft. Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparaturen im Hause.

H. Zimmermann
Juwelier

BERLIN SO. Oranien - Straße nahe Hochbahnhof

Orts-Frankenkasse

Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die am 17. September 1907 beschlossene Änderung der §§ 13 u. 25 des Statuts vom 7. März 1905 als 7. Änderung zum revidierten Statut genehmigt ist.

Demnach erhalten die Mitglieder vom 1. Januar 1908 ab im Fall der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Krankheitstag einschließlich der Sonn- und Festtage Krankengeld.

Berlin, den 14. Dezember 1907. Gustav Nahtow, Vorsitzender. Paul Doritz, Schriftführer.

Aufforderung!

Alle Raucher, Zimmerleute und Arbeiter, welche im Jahre 1908 auf dem Reuben von Dudeck, Hermannstr. 24, Rixdori, gearbeitet haben, wollen ihre Adresse unter N. 5 in der Expedition des „Vorwärts“ abgeben. 1908* Unkosten und Verfassungskosten werden vergütet.

Zeugen gesucht.

Bitte die Herren, die in der Nacht vom 7. Dezember, morgens 3 Uhr, die Hülferstraße gehört und gesehen haben wie ein Mann in Lederjude Markthalle Hülferstraße geschlagen wurde, bei mir zu melden. Unkosten erlaube gern. Max Fechner, Wrangelstr. 118.

Eile zu Weile!

119 Dresdenerstr. 119 Eckhaus Oranienplatz

Spezial-Kaus
nur für
Pelz-Stolas
Colliers
und
Muffen.
Riesenhafte Auswahl in echt
Skunks
von 25 Mark an
Nerz
von 40 Mark an
Persianer
von 60 Mark an
Bisam
von 10 Mark an
Tibet
von 9.50 Mark an.
Kanin
von 3.75 Mark an.
Eigene Werkstatt.

J. Weile Dresdenerstr. 119, Eckhaus Oranienpl.
Auf Wunsch wird jede Stola aus dem Fenster verabfolgt.

Sonntag geöffnet!

Z. Alexander
34 Große Frankfurterstr. 34
Ecke Straußbergerstraße.
Zum Weihnachtsfoto empfehle in großer Auswahl: 1103L*

Wäsche, Kleiderstoffe, Trikotagen, Leinen- u. Baumwollwaren.

Achtung!
Sumatra-Decke,
Kollblatt, hell, per Pfund
M. 5.50, 6.00 u. 6.50.
Hamburger Rohrtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190. 296/10

Achtung!
Sumatra
erite Länge Kollblatt, erhalte reine Farben.
per Pfd. M. 4.80.
Hamburger Rohrtabak-Haus,
Filiale: Berlin N., Brunnenstr. 190.

Stieppdecken
masse, direkt in der Fabrik, nur
72, Wailstr. 72.
Wo auch alte Stieppdecken aufgearbeitet werden. Bernhard Strommündel, Berlin S. 14, Altkönig-Katalog gratis. Sonntage vor Weihnachten geöffnet.

Ein Triumph
der deutschen Zigaretten-Fabrikation!

Selowsky's Caruso-Zigaretten
trotz unübertrefflicher Qualität und garantiert feinsten Handarbeit
nur 3 Pf. per Stück!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Halensee steht das Lokal „Johann-Georg-Haus“...

Die Lokalkommission.

Rigdorf. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die in unserer Expedition...

Charlottenburg. Am heutigen Dienstag findet im Volkshaus, Rosenstr. 3...

Schöneberg. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, findet in E. Obsts Festsaal...

Da einige Versammlungen der Stadtverordnetenwahlen wegen ausgefallen sind...

Friedenau. Heute abend findet die Generalversammlung des Wahlvereins im „Rheinischhof“...

Schöneberg. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Rickley, Potsdamerstr. 125...

Treptow-Baumgartenweg. Heute abend findet die Mitgliederversammlung des Wahlvereins...

Außerdem machen wir die Parteigenossen auf unsere Bibliothek aufmerksam...

Wrig-Budow. Heute Dienstag, den 17. Dezember, abends 7 1/2 Uhr...

Tempelhof. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins werden auf die heute abend 8 1/2 Uhr...

Ziegel. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Generalversammlung des Wahlvereins...

Französisch-Buchholz. Auf die am Mittwoch, den 18. d. M., abends 8 Uhr...

Berliner Nachrichten.

Der silberne Sonntag.

Weihnachtsdrummel, Weihnachtsstrubel, Weihnachtslärm, alles ist da...

Trotzdem, Leute waren am vergangenen Sonntag genug auf der Straße...

so geschah es wohl nur aus Mitleid. Jeden ernstern Beobachter müßte ein Blick auf die armen Kinder...

Im Gewerkschaftshause, in der Jugendschriftenausstellung war der Andrang ein kolossaler...

Die Berliner Polizei und der Fremdenverkehr.

Der Verein der Berliner Saalbesitzer erörterte in einer Sitzung Ende voriger Woche die Frage der Förderung des Fremdenverkehrs...

Darin werden alle Kenner der Verhältnisse dem Redner sicher beistimmen. Uns fällt da gerade ein Urteil ein...

Ich kenne den Vorgang (das Rencontre der Berliner Polizei mit dem adeligen Spielklub des Junkers Kochow...

Dies Urteil ist zwar schon, wie gesagt, zweiundfünfzig Jahre alt, und Bismarck hat später als oberster Gebieter in Preußen nichts dazu getan...

Ob sie wohl unrecht haben?

Ob sie wohl unrecht haben?

Weihnachtszüge im Verkehr mit Schlesien, Posen und Pommern. Weihnachtszüge sind jetzt auch im Verkehr mit Schlesien, Posen und Pommern vorgesehen...

Die Deputation für die städtischen Kanalisationswerke und Kieselsteine hat beschlossen...

Die Jugendschriften-Ausstellung im Gewerkschaftshause ist geschlossen. Die Bücher, die in dem vom Berliner Jugendschriftenausschuß...

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück.

„Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung zurück.“ So heißt's sonst, wenn eine Sache bis zur Urteilsfällung gediehen ist...

Von irgendeiner künstlichen Ventilation, die bei der drückenden Enge der Zimmer so dringend Not täte...

Orgelkonzert. Mittwoch, den 18. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet der Agl. Musikdirektor Bernh. Jergson...

Zahlreiche neue Sprechverbindungen. Zahlreiche Fernsprechanschlüsse sind soeben eröffnet worden...

Akkuratheit im Noten Hause.

Uns wird aus Lehrerkreisen geschrieben: Bürgerliche Zeitungen berichten dieser Tage, daß die städtischen Behörden eine Herabsetzung der Pflichtstundenzahl der Lehrer...

Der Berliner Lehrerverein hielt am letzten Freitag seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Fexter...

Für die Robert Koch-Stiftung zur Bekämpfung der Tuberkulose hat der Magistrat 50 000 M. bewilligt...

Ueber das Benehmen eines Sittenbeamten schreibt uns eine Leserin: „Seit Oktober vorigen Jahres bin ich Kassierin an einem Kinematographentheater...

Der polizeilichen Anweisung verfiel am Sonntag eine öffentliche Versammlung der Berliner Anarchisten...

Verhaftungen seien in den letzten Tagen wieder zu verzeichnen gewesen. Auch der Redakteur des „Revolutionär“, Schänemann, sei verhaftet worden. Die Kritik des Referenten an diesen Vorgehen der Polizei gab dem überwachenden Beamten Veranlassung, die Verhaftung aufzulösen.

Der fromme „Reichsbote“ wird auch teurer: das Vierteljahrsabonnement wird von 4 M. auf 4 M. 30 Pf. erhöht. Begründet wird diese Maßnahme mit den gestiegenen Arbeitslöhnen für die Herstellung der Zeitung und mit den im Preise gestiegenen Materialkosten.

In den Haaren liegen sich die Frommen Berlins. Die General-synode hat einen Beschlus gefasst, der den Kirchengemeinden das Pfarrbesetzungsrecht einschränkt. Darüber sind die liberalen Kirchengemeinden sehr aufgebracht und verschiedene haben schon heftige Proteste beschlossen. Wie unchristlich!

Zur Frage der Spelung notleidender Schulfinder hat der Vorstand des Vereins für Kinderwohlthätigkeit unter Berücksichtigung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 12. d. M. Stellung genommen und den hierfür eingesetzten Ausschüssen, und zwar dem Ausschuss des Stadtverordnetenkollegiums und dem Ausschuss der Schuldeputation, folgenden Beschlus übermittelt:

1. Sofern die Stadtverwaltung beschließt, dem Verein zur Durchführung seiner Aufgaben diejenigen Mittel zu gewähren, die er nicht aus freiwilligen Beiträgen aufbringen kann, räumt dieser dem Magistrat das Recht ein, zwei Mitglieder in den Vorstand mit sich und Stimme zu delegieren.

2. Die Verwaltung des Vereins wird in folgender Weise reorganisiert: a) Der Vorstand des Vereins leitet wie bisher die Geschäfte des Vereins, insbesondere die Beschaffung der Mittel aus privater Wohlthätigkeit. b) Die Vorsteherinnen leiten wie bisher den wirtschaftlichen Teil des Vereins. c) Die Geschäftsstelle des Vereins inklusive des Kassensystems wird nach dem Rathause oder einer sonstigen städtischen amtlichen Stelle verlegt und von einem vom Magistrat in Vorschlag gebrachten Beamten, der aus Vereinsmitgliedern besoldet wird, verwaltet. d) Im Falle der Annahme dieses Vorschlages wird der Vorstand zugleich eine Generalversammlung einberufen, um die notwendige Statutenänderung durchzuführen.

Beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist vorgestern Abend der 33-jährige Arbeiter Hermann Pöhl aus Hermsdorf schwer zu Schaden gekommen. Er benutzte einen Straßenbahnwagen der Linie 38 zur Fahrt nach dem Nordbahnhof. Gestandrunnen und versuchte vor dem Eingang zu dem Bahnhof, etwa zehn Meter vor der Straßenbahnhaltestelle, von dem schon angekreuzten Motorwagen herabzuspringen. Hierbei stürzte er so unglücklich auf den Fahrdamm, daß er einen schweren Schädelbruch erlitt. Er wurde nach der Unfallstation in der Wabstraße gebracht.

Mitten in der Arbeit vom Tod überrascht wurde am Sonntag ein Arbeiter am Kurfürstendamm. In dem bereits fertiggelassenen Neubau am Kurfürstendamm 173/74 waren bringende Wohnarbeiten zu erledigen, und so wurde auch am Sonntag in den Räumen gearbeitet. Ein Aushilfsbohrer, dessen Name nicht ermittelt werden konnte (15), brach während der Arbeit leblos zusammen und starb auf der Stelle. Ein von der Unfallstation hinzugerufener Arzt stellte fest, daß der Tod infolge eines Herzschlages eingetreten war.

Infolge Verlangens der Steuerung fuhr in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ein Automobilomnibus der Linie 10, Kreuzberg—Stettiner Bahnhof, vor dem Hause Belle Alliancestr. 81 auf den Bürgersteig. Trotz sofortigen Bremsens durch den Fahrer ritz der Wagen einen am Bürgersteig befindlichen etwa 25 Zentimeter starken Baum um. Bei dem starken Anprall brach die Vorderachse des Wagens auf beiden Seiten. Personen sind nicht verletzt.

Bandalen. Gestern morgen kurz nach Öffnung der Nationalgalerie wurde von ruckloser Hand das „Rötenkonzert“ von Menzel stark beschädigt vorgefunden. In der Mundpartie des Königs war ein dreieckiges Loch und in der Mitte der Figur ein rundes Loch ausgekratzen. — Das Bild wurde sofort aus dem Rahmen entfernt.

Gebürder Herrnsfeld-Theater. „Papa und Genossen“ nennt sich die zweiatte Komödie, die am Sonnabend zum ersten Male über die Bretter des Herrnfeldschen Lustenpels in der Kommandantenstraße ging. Daß die Gebürder Herrnsfeld einseitig sind, kann niemand von ihnen sagen; nicht genug, daß sie als Theaterdirektoren fungieren, sind sie zugleich ihre eigenen Autoren und eigenen Schauspieler, als letztere die Dampfdarsteller. Was sie in der neuen Komödie zurechtgebracht haben, dürfte sich am besten in dem Sage ausdrücken, den in „dem Stück“ der alte Cohn spricht: „Von der Witzpote wird man ganz melchugne“. Es war ein toller Witz, der zum besten gegeben wurde. Vor lauter Cohn, Mebers und Stieglitzens kennt man sich nicht aus. Die Hauptrolle spielt ein uneheliches Kind von Cohn-Cohn. allerlei Unzufälligkeiten und Verwickelungen bringen es dahin, daß der Schwiegerohn des alten Cohn der Meinung wird, er sei wohl gar der Vater des schon 17 Jahre alten Töchterchens. Auch der Schwiegerater, der alte Cohn, kommt in diesen Verdacht, und es entstehen die drolligsten Situationen, die durch die gelungene Darstellung der beiden Herrnsfelds erst das richtige Relief erhielten. Auch die Damen Fern und Gressin trugen ihr mögliches zum guten Gelingen des Abends bei. Gelacht und geflucht wurde reichlich. Vorher wurde die mit einigen hübschen Melodien ausgestattete Operette „Burlotte, Madame Wig-Wag“ gegeben.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am Sonnabendabend zwischen 5—6 Uhr auf der Weidenammer Brücke ein älterer Mann vom Autobus herabfiel, werden gebeten, ihre Adresse im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Charitéstraße 3, abzugeben.

Erkochen. In dem in Reinickendorf belegenen Billaohospital der Stadt Berlin hat am Sonntag der 64-jährige Hospitalist Alexander Pawletta den 63-jährigen Witwensassen Erdmann Lehmann mit einem 25 Zentimeter langen hochhart angefertigten Eisenstahl erkochen. Der Tod trat sofort ein. Lehmann war zu Redereien aufgelezt, deren Spitze sich gegen Pawletta richtete. Dieser war darüber schon öfter in hochgradige Erregung geraten, wobei er einmal äußerte, daß er es gelegentlich seinem Gegner gründlich besorgen werde. Wahrscheinlich ist es nun im Laufe des Sonntags zwischen beiden Männern wiederum zu einem Zusammenstoß gekommen, denn Pawletta soll im Vorübergehen einem Aufseher erklärt haben, daß die letzte Nacht für Lehmann gekommen sei. Er hat dann seine Drohung auch wahr gemacht. Gegen 6 Uhr abends eilte er nach der Stube seines Gegners und erschlug diesen ohne jeden Wortwechsel. Er wurde alsbald von der Polizei festgenommen.

Feuerwehrbericht. Am Sonntag mußte die Feuerwehr mehrere Schaufensterbrände löschen, u. a. in der Schwedterstr. 6, Hochmeisterstraße 16d. Feiner mußte in der Taerstr. 47 ein Brand gelöscht werden, der in einem Zigarrenladen ausgebrochen war. Wohnungsbrände beschäftigten die Feuerwehr in der Frankfurter Allee 2, Ploitzewitz 6, Schleißerstr. 13, Mendelssohnstr. 1 u. a. Stellen. Dort brannten Betten, Möbel, Kleider, Portieren, Türen, Fußböden, Kisten, Kohlen usw. Kellerbrände wurden aus der Weutstr. 6, Alten Jakobstr. 188, Hebelkammerstr. 19 a u. a. Orten gemeldet. In den meisten Fällen war Badmaterial im Brand geraten. Vor dem Hause Seidelstr. 31 brannte um Mitternacht ein Elektro-Automobil. Gleichzeitig wurden in der Brunnenstraße 31 Lampen, Holz usw. ein Raub der Flammen. Außerdem hatte die Feuerwehr noch in der Schulstr. 68, Hirtenstr. 5 a usw. zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Der Nichtenberger Block in Wahlbüten.

Das Nichtenberger Blockorgängen macht noch in letzter Stunde den vergeblichen Versuch, durch Beschimpfung die Position der Blockgruppe zu verbessern. Das Schimpfen schenken wir den Blockgenossen

gerat, schon aus Dankbarkeit für einige reizende Geständnisse, die dem Stillein in unüberlegtem Eifer entschlopfen. Auf unsere Feststellung, daß die Blockkandidaten, die der sich selbst ernannte Wahlaustrich aufgestellt hat, eine sichere Mehrheit für Spelanteninteressen bilden, reagiert es mit der löstlichen Erklärung, es seien 5 Kandidaten aufgestellt, die an Grundstückspekulation kein Interesse hätten. Das ist ja famos! 5 bilden unter 32 eine verschwindende Minorität. Mit der 3. Abteilung zusammen könnten die 5 ev. 21 Stimmen aufbringen gegen 32 Interessenten für Grundstückspekulationen. Aber über diese Punkte sind wir mit dem unvorsichtig planberenden Blockorgängen einig. Sodann macht es die Mitteilung, Herr Fischer habe ihm gegenüber bestritten, unser Gewährsmann für die neuerlich aufgedeckten Skandale zu sein. Die Richtigkeit dieser Behauptung können wir bestritten. Wir haben andere Zeugen. Also auch in diesem Punkte Einigkeit! Mit wichtiger Miene wird uns weiter mitgeteilt, es gebe im Blocklager Männer, die intimere Kenntnis von den Vorgängen — im Unternehmerring — hätten. Stimmt! Auch darin besteht keine Meinungsdivergenz. Wenn die Ringunternehmer Söhne und Schwiegeröhne von Gemeindefürsorge beschäftigt, von denen man sagt: „Sie sitzen Ihr Geld ab!“ — nebenbei bemerkt ganz anständige Gehälter — dann kann man schließlich doch schon Kenntnis von Dingen haben, die gar nicht einmal als Geschäftsgeheimnis geschützt werden. Wie gesagt, aus Dankbarkeit für die löstlich-naiven Geständnisse gestatten wir dem Blockkaffern, ruhig weiter zu besten; es wird schon leiser werden.

Bezirk	Wählerzahl	Abgegebene Stimmen	Sozialdemokrat	Block	Gewählter
1	854	336	303	33	B. Düwcll (Soz.)
2	615	340	329	20	E. Eisenhüt (Soz.)
3	588	340	324	25	D. Seitel (Soz.)
4	607	357	278	79	H. Brühl (Soz.)
5	608	335	251	104	W. Linke (Soz.)
6	588	333	288	45	Dsl. Sander (Soz.)
7	612	351	324	27	Kr. Kernsler (Soz.)
8	580	293	218	65	Kr. Söder (Soz.)
9	635	375	326	49	Ab. Hedert (Soz.)
10	693	399	227	109	W. Abraham (Soz.)
11	681	361	231	190	Ket. Prietze (Soz.)
12	692	355	251	104	Spiedermaun (Soz.)
13	680	430	178	252	bürgerl. Kandidat
14	592	339	187	152	Gust. Wiese (Soz.)
15	667	294	189	105	Dsm. Grauer (Soz.)
16	689	330	246	84	H. Ködler (Soz.)

Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenwahl der dritten Abteilung eroberte die Sozialdemokratie von den 16 Mandaten 15. Das eine Mandat reichte der Block dank der famosen Bezirkseinteilung. In diesem Bezirk wohnen vorwiegend Beamte und diese traten, einem „Witz“ gehorchend, trappweise an. Aber trotz der Dege und Verleumdung, trotz der ausgeklügelten Bezirkseinteilung, trotz der Riesenanstrengungen des Blocks erstreift die Sozialdemokratie 15 Mandate. Das ist ein Beweis, daß die reichsverbandlerischen Wanne nicht in den Himmel wachsen, wenn die Genossen auf dem Posten sind. Der Block hat es insgesamt auf 1385 Stimmen gebracht, während unsere Kandidaten 4150 auf sich vereinigten.

Nigdorf.

Ein schrecklicher Straßenfall rief gestern in der Seelinerstraße große Aufregung hervor. Vor dem Hause Berlinerstr. 35 wurde der 24-jährige Glasarbeiter Fritz Angermeyer aus der Peing Handjerystr. 16 beim Verlassen eines Straßenbahnwagens von einem vorbeifahrenden Omnibus der Linie 25 erfaßt und eine ganze Straße mitgeschleift. Erst auf die Zurufe von Passanten wurde der Ausrufer auf den Unfall aufmerksam, worauf er sofort den Omnibus anhielt. In bewußtlosem Zustande wurde er abtransportiert. Er hatte eine schwere Gehirnerschütterung sowie ganz erhebliche innere Verletzungen erlitten und wurde in recht bedenklichem Zustande in das städtische Krankenhaus gebracht.

Wie man sich lohnenden Erwerb schafft. Herr Walter Kiedler, Inhaber eines Lehrinstituts für Schärzenkonfektion in der Harkstr. 13, hielt sich gekränkt durch die Mitteilungen, die wir in Nummer 291 über ihn veröffentlicht haben. Wir schlugen uns dabei auf die Angaben einer Frau P., die bei ihm vierzehn Tage hindurch Schärzenmännchen gelernt und dann Beschäftigung von ihm verlangt hatte. Herr K. erklärt, ein Teil dieser Angaben sei unvollständig und er wünscht, daß wir sie richtigstellen. Leider hat er gerade an dem, worauf es uns ankam, nämlich an unsrer Mitteilung über die Lehr- und Lernbedingungen, die er stellt, kein Wort zu „berichten“. Er bestritt nicht, daß er 7,50 M. Lehrgeld genommen und für die von Frau P. in 14 Tagen geleistete Arbeit seinen Vorrat vergütet hat. Das Lehrgeld, sagt er, entspreche dem Verbrauch an Material und seinen Bemühungen. Frau P. habe die Lehrgeld nicht mal innegehalten, er habe ihr aber noch ein paar Tage zugegeben; „selbstverständlich ohne Entgelt“, sagt er hinzu — soll heißen: ohne daß sie ihm noch mehr zahlen mußte. Angefertigt habe sie in der Lehrzeit nur sieben Schärzen und zwar so mangelhaft, daß an Verwertung nicht zu denken war. Hierzu sagt uns Frau P., daß sie ein paar Tage aussetzen mußte und diese später nachholte. Sie meint auch, keineswegs nur sieben Schärzen angefertigt zu haben. Daß Frau P. nach Beendigung der Lehrzeit erst auf wiederholte Mahnung einen Auftrag von ganzen 16 Schärzen bekam und diese gegen einen Lohn von 10 Pf. pro Stück in der von uns geschilderten Art auffertigen sollte, kann K. gleichfalls nicht bestritten. Den Streit, der bei Ablieferung der Schärzen entstand, schildert er so, daß nicht Frau P. von ihm, sondern vielmehr er selber samt seiner Frau von ihr beschimpft und bedroht worden sei: soviel Mut hätten wir bei der Frau P. gar nicht vorausgesetzt, daß sie Herrn K. nebst Frau in Gegenwart seiner Kunden und Arbeiterinnen gar bedrohen würde. In der Verhandlung vor dem Gewerbegericht soll der Richter, so behauptet K., durchaus der Meinung gewesen sein, daß die Arbeit nichts taue. Frau K. hat den gegenseitigen Eindruck mit nach Hause genommen. K. fügt hinzu, nicht 1,80 M. habe er dort schließlich für die 16 Schärzen gezahlt, sondern nur 1,00 M. und zwar aus freien Stücken. Wenn Herr K. Wert darauf legt, daß wir feststellen, er habe sogar noch weniger gezahlt, als wir ihm zutrauten, so wollen wir ihm nicht widersprechen.

Ober-Schöneweide.

Ein Polizeipräsidium. Dem Leiter der hiesigen Jugendorganisation ist nachstehende Verfügung zugestellt worden: In den Versammlungen der Abteilung Ober-Schöneweide des Vereins jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgebung sind wiederholt, in letzter Zeit fast ständig, politische Gegenstände erörtert worden. Auch in der Versammlung am 10. d. M. wurde über Streits und die Ausdehnung der jugendlichen Arbeiter, also über politische Gegenstände gesprochen. Offenbar geschah dieses absichtlich und bewußt, es wurde auch nicht unterlassen, als der Beamte Sie auf diese Tatsache aufmerksam machte. Nach § 8 d. Preuss. Vereinsgesetzes v. 11. März 1880 dürfen Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, keine Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen. Da die der hiesigen Abteilung dieses Vereins als Mitglieder angehörigen jungen Leute fast sämtlich Lehrlinge sind, schließe ich in Gemäßheit der Vorläufe des § 8, Absatz 3 a. a. D. diese Abteilung bis zur ergehenden richterlichen Entscheidung. Herr Kottmeier, welcher seit einigen Tagen die Amtsvorsteherschaft in Stellvertretung ausübt, ist ja den Genossen aus seiner früheren Amtsführung bekannt, als es galt, der damals einsetzenden Parteibewegung Schwierigkeiten zu bereiten.

Gelegenheit zu einer Kritik der polizeilichen Verfügung wird die heute Abend in „Wilhelmshof“ stattfindende öffentliche Versammlung geben, in der auch die Sünden der Gemeindeverwaltung and Licht treten werden.

Die Polizei sorgt doch immer für Stoff!

Röpenitz.

Ein Opfer seines Berufes wurde der 25 Jahre alte Rangierer Johannes Gruschuhn von Her. G. hatte auf dem Bahnhof Röpenitz rangiert und infolge des herrschenden starken Nebels geriet er beim Anlopfeln zweier Waggons zwischen die Ruffer. Unglücklicherweise wurde der Kopf des jungen Mannes zwischen den Ruffern eingeklemmt. Der Hinterkopf wurde dabei vollständig zernannt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Erst vor einigen Monaten hatte G. geheiratet.

Vordamm.

Die Stadtverordneten-Wahl in der dritten Abteilung findet am heutigen Dienstag und morgigen Mittwoch statt. Trageden und die Hauptwahl im Vergleich zu der vorletzten Wahl einen erfreulichen Zuwachs sozialdemokratischer Stimmen gebracht hat, darf sich die Arbeiterklasse mit dem Resultat nicht zufrieden geben. Noch ist sie vollständig ohne Einfluß auf den Gang der kommunalen Politik. Die werttätige Bevölkerung kann hier mit einem Schlag eine Aenderung herbeiführen, wenn sie sich geschlossen an der Wahl beteiligt und den sozialdemokratischen Kandidaten Schuhmacher Wilhelm Staub und Heilighilf Karl Jwan die Stimme gibt.

Das Wahllokal ist der Stadtverordneten-Sitzungsaal (Rathaus 1 Treppen).

Am heutigen Dienstag wählen alle diejenigen mit den Anfangsbuchstaben A bis L (einschließlich), am Mittwoch, den 18. Dezember, diejenigen mit den Anfangsbuchstaben M bis Z.

Jeder Wähler gehe möglichst frühzeitig zur Wahl! Gewählt wird von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr. Der Bezirk umfasst die Teltower und Brandenburger Vorstadt sowie die Südhälfte der inneren Stadt.

Wahlberechtigt ist jeder, der in der im Juni d. J. aufgestellten Wählerliste eingetragen ist, auch wenn er während dieser Zeit aus dem Bezirk verzogen ist.

Verein ehemaliger Beamter (Abteilung B.) Mittwoch, den 18. Dezember, abends 9 Uhr, Sitzung bei Köhler, Brunnstr. 3. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Der internationale Sozialistenkongress in Stuttgart. Von Dr. A. Reichberg. 38 Seiten. Verlag: Schöffer, Spring u. Co. in Bern. Bauarbeiterkongress. Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterkongress für 1908/07. 312 Seiten. Verlag: J. C. F. in Hamburg.

Vermischtes.

Raubanfall auf einen Geldbriefträger. In Köln ist gestern früh, wie von dort gemeldet wird, in einem Hause der Druisengasse der Geldbriefträger Abels von einem Menschen mit einer Flasche auf den Kopf geschlagen worden, so daß er zu Boden stürzte. Der Täter beabsichtigte wahrscheinlich einen Raub, der jedoch mißlang, da er durch hinzugeeilte Personen festgehalten wurde; die Polizei verhaftete ihn. Der Geldbriefträger Abels ist nicht unbedenklich verletzt, da seine Kopfhaut vernäht werden mußte. Von der „Köln. Volkszeitung“ werden noch folgende Einzelheiten gemeldet: Ein bis jetzt dem Namen nach unbekannter Mensch hatte in dem Hause Druisengasse 3 einen kleinen Laden gemietet, angeblich um dort Weihnachtsgüter zu verkaufen. Er hatte eine Postanweisung an sich selbst adressiert. Als nun der Geldbriefträger ihm das Geld ausgezahlt hatte, schlug der Mieter den Briefträger auf den Kopf. Abels, der noch weitere Schläge auf den Hinterkopf erhielt, setzte sich zur Wehr und rief um Hilfe, worauf Hausbewohner und ein Schuttmann herbeieilten, die den Briefträger auf der Brust des unbekanntem Mieters fesseln vorfanden. Der Briefträger blute sehr stark. Bei seiner Verhaftung setzte sich der Täter energisch zur Wehr. Er verweigert jede Auskunft über seine Persönlichkeit.

Ein badischer Amtsvorsteher, der „Ortenauer Bote“, schreibt in seiner Nr. 285 also: „Wie aus dem hiesigen Reichstagsbericht zu erhellen ist, das gute Einvernehmen zwischen den Blockparteien und dem Reichstagsrat wieder hergestellt, die Krise also beseitigt.“

Einlage in der „Götterdämmerung“ — Siegfrieds Feuerbestattung. Nach einer Meldung aus Stuttgart brach am Sonntag am Schluß der Vorstellung von Wagners „Götterdämmerung“ auf der Bühne des Intermimtheaters Feuer aus, das durch Inbrandgeraten der Bahre, auf der die Leiche Siegfrieds getragen wird, entstanden war. Die Musik hörte auf zu spielen und die Feuerwehr erschien auf der Bühne. Dem Intendanten, Baron Kubitz, der gleich darauf auch auf der Bühne erschien, gelang es jedoch durch Gesten und mit Hilfe der wieder einschendenden Musik, das Publikum zu beruhigen, so daß die Vorstellung zu Ende geführt werden konnte.

Gescheitert. In der Küste bei Bahonne scheiterte, nach Pariser Meldung, in der verflochtenen Nacht der schwedische Dampfer „Madusa“ aus Poo bei Helsingfors. Von der elf Mann starken Besatzung, welche schwimmend das Land zu erreichen suchte, wurden sieben Mann gerettet. Das Schiff ging unter.

Der Versager. Aus Lorient wird berichtet: Bei einer Schießübung verlagte auf dem Korpedoboot 252 ein Schuß. Als ein Matrose zur Ermittlung der Ursache des Versagers das Verschlußstück des Geschützes entfernen wollte, ging der Schuß plötzlich los. Der Matrose wurde an der Brust verletzt und ins Meer geschleudert.

Verstümmelt. Nach einem Telegramm aus Paris kürzte in Nancy infolge des Sturmes der Arbeitsfall einer Schiffsabrik ein. An 30 Arbeiter wurden verstümmelt. Einer derselben wurde getötet. Sieben Arbeiter wurden schwer verwundet.

Eine harte Erderstüttung wurde, wie aus Siena berichtet wird, am Sonntagmorgen 2.11 Uhr in der dortigen Gegend verspürt. Schaden ist nicht angerichtet worden.

Verstümmelt. Der Dampfer „Astoria“ der Anchorline ist, New Yorker Meldungen zufolge, seit acht Tagen überfällig und nirgends gesichtet worden. Er hat 500 Passagiere an Bord.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Marktwaren-Direktion (Großhandels-) Ostpreußen Ia 68 70 pr. 100 Pfd., Ia 62 67, Ia 56—59, Süßenfleisch Ia 67—72, Ia 56—66, Rüsse, feil 59—58, do. unger 38—48, Pfeffer 33—39, Bienen, böhmische 53—63, Haselnüsse, Doppellender 110—120, Haselnüsse Ia 83—91, Ia 73—82, Haselnüsse ger. gen. 59—69, do. feil 48—54, Gammelfleisch, Winter 74—78, Hammel Ia 66—70, Ia 60—63, ungar. 0,90, Schafe 45—58, Schweinefleisch 50—58, Rebhuhn Ia per Pfd. 0,90—0,90, Ia 0,50—0,58, Rotwild Ia per Pfd. 0,40—0,50, do. Ia 0,00, do. Hühner 0,40—0,55, Danwid 0,40—0,55, do. Hühner 0,50—0,70, Wildschwein per Pfd. 0,30—0,45, Ferkel pro Pfd. 0,00, Kaninchen, groß, pr. Stück 0,70—1, do. klein 0,40, Gänse, groß pr. Stück 3,50—4,00, do. mittel und klein Stück 2,00—3,25, Wildenten pr. Stück 0,00, Fasanenhenne Ia, junge 2,25—3,00, do. Ia und alte 1,00—2,00, Fasanenhenne 1,00—2,00, Fasanenhenne p. Stück 2,00—2,25, do. Ia 1,00—1,50, Gänse, alte, p. Stück 1,50—2,00, do. Ia 0,70—1,00, do. junge Ia 0,50—1,50, do. Ia 0,50—0,70, Fasanen Ia 0,40—0,50, do. Ia u. alte 0,30—0,35, do. Hühner 0,00, Enten Ia Stück 1,00—2,10, do. Ia 1,00—1,50, do. pr. Pfd. 0,60—0,65, do. Hamburger pr. Stück 1,20—1,30, Gänse pr. Pfd. 0,45—0,50, do. Oberbräuer pr. Pfd. 0,40—0,55, Ferkel pr. Stück 0,00, Puter pr. Pfd. 0,55—0,65, Fasanen, deutsche, 0,00, bis pr. Pfd. 0,00, Gänse pr. 100 Pfd. 77—80, do. mittel 0,00, do. groß 50, do. matt 0,00.

Freie Volksbühne

Freitag, den 20. Dezember, 8 1/2 Uhr:
22. (11.) Abendabteilung im Luisen-Theater:

Erziehung zur Ehe.

Mitglieder werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen.

Gastkarten à 1 M. können alle Mitglieder der Nachmittagsabteilungen in den Zahlstellen und beim Obmann im Theater erhalten.

Sonntag, den 22. Dezember, nachm. 3 Uhr:

Berliner Theater | Neues Schauspielhaus
3./4. Abteilung: | 14./15. Abteilung:
Das Tal des Lebens. | **Judith.**

Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Sonntag, den 22. Dezember, 6 Uhr nachmittags:

Gewerkschaftshaus.

Ein Märchenabend aus goldenen Kindertagen

für Klein und Groß

arrangiert von **Margarete Walkotte.**

Mitwirkende: Frä. Margot Lason, Herr Emil Walkotte, Marg. Walkotte, Herr Bernh. Nitzsche am Flügel, ein Kind, eine **Tanzpantomime.** Entree 30 Pf. im Vorverkauf bei Herrn Horsch, Engelufer 15. Abendkasse 40 Pf.

1. Weihnachts-Feiertag 1907:

Gewerkschaftshaus.

Weiterer Weihnachts-Abend.

Leitung: **Margarete Walkotte.**

Mitwirkende: Herr Willy Hagen, Frä. Lason, Frau Ilka Paulot, die Justige Schwiegermutter, Herr Emil Walkotte, Margarete Walkotte — eine Ueberraschung. — Am Flügel Herr Nitzsche. Entree 75 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Horsch, Engelufer 15. Abendkasse 1 M.



Einer sagt es

dem andern, daß die allerbilligste Bezugsquelle Groß-Berlins, das

Hamburg-Bremer Fabrik-Engroslager

Schöneberg, Akazienstr. 11, vorn 1 Tr. sich befindet. Versuchen Sie

Julia . . . 100 Stück 3 M. 30 Pf.	Hochfeine
Exelsior . . 100 Stück 3 M. 40 Pf.	5 Pf.
Licencia . . 100 Stück 3 M. 50 Pf.	Zigarette!

Wie Sie dort Zigaretten stets 25 Prozent billiger kaufen, so haben Sie auch sämtliche deutschen Zigarettenmarken 25 Prozent unter Originalpreis, z. B. Garbaty, „Königin von Saba“ o. M. 100 St. 2,50 M., „Josetti“, „Juno“ 100 St. 1,50 M., „Vera“ 2,25 M. usw. 10061*

Feiner Hamburger Familien-Kaffee-Ersatz.

Vorzügliches Stoffgetränk von hohem Nährwert, aus gereinigtem Kaffeebohnen hergestellt von

Ferd. Kleiner, Hamburg.

Detaill. Verlagspreise: 1/2 Pfund 50 Pf., 1/4 Pfund 25 Pf., 1/8 Pfund 15 Pf. In allen Kolonialwarenhändl. käuflich. 11072*

Engros-Vertrieb **Fritz Markgraf, Berlin NO.** und Lager: **Fritz Markgraf, Neue Königstr. 5.**

Küte in allen Preislagen.

R. Weidner, Kutmacher
Dresdenerstr. 100, an der Prinzenstr.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz, 10—2, 5—7, Sonntags 10—12, 2—4

Bruch-Pollmann

entwirft sein Vorge in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen, Suspensoren sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Sieber, J. Dubs- u. Wills-Strassenkassen. Berlin C., 59012*

30. Finien-Strasse 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Voluten, angenehm u. weich am Körper.

Zum Weihnachtsfest

kaufen Sie bei uns am besten. Auf Teilzahlung wöchentlich nur 1 Mk.

Große Auswahl in: Herren- u. Damen-Uhren, Regenschirme, Broschen, Hüte, Ketten, echte Meissenporzellan-Lithera, Phonographen, Plattenspieler, Nähmaschinen, Polstermöbel, Harmonikas, Wanduhren, Goldene etc.

Verkauf v. prima Platten, echten Edisonwalzen Stück 1 Mark.

Jahre & Künig, Warschauerstr. 22, 1. Etage, Gelnickendorferstrasse 101, 1. Etage.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 27. Dezember 1907

(dritter Weihnachts-Feiertag):

Großes Weihnachts-Vergnügen

in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29, bestehend in

KONZERT

(Herr Max. Fischer)

Auftreten der Gesellschaft Gnörich-Jescheck

□ Kinematograph □ Kasperle-Theater □

Nach dem Konzert: **Großer Ball.** Doppel-Orchester.

Im oberen Saal von 6 Uhr an Tanz.

Anfang 5 Uhr. — — Tanz frei. — — Anfang 5 Uhr.

Ende: 4. Feiertag 6 Uhr morgens.

Billetts sind auf allen Zahlstellen, im Bureau und ständig bis 3. Feiertag in folgenden Lokalen zu haben: O. Lorenz, Koppenstr. 28. SO. Mühle, Mariannenstraße 41. S. Grumbach, Schönleinstr. 6.

Branche der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Freitag, den 27. Dezember 1907 (3. Weihnachts-Feiertag), im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

Weihnachts-Vergnügen

bestehend in

KONZERT

ausgeführt vom „Neuen Tonkünstler-Orchester“. Dirigent: Franz Hoffelder.

„Berliner Ulk-Trio“.

Eröffnung 4 1/2 Uhr. Anfang präz. 6 Uhr.

Nach dem Konzert: **TANZ.**

Billetts inklusive Tanz 50 Pf. □ □ (Während der ersten beiden Teile) ist das Rauchen nicht gestattet.)

In den Pausen findet zur Belustigung der Kinder im Nebensaal Kasperle-Theater statt.

Speculatus

rheinisches Weihnachtsgeschenk, Pfund 1,20 M. Kolonialwaren, Obst und Gemüsetourennen blüht. (Wiederum frei.) 11452* W. 30, Winterfeldstraße 24.

Rudolf Krüger. Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, n. r. Mariannen-Straße 2.

H. Pfau

C., Klosterstraße 30 (T. I. 6317).



Bruchbänder und Bandagen, Geradenhalter, Leibbinden, orthopädische Apparate, künstl. Glieder, Korsetts u. alle Artikel zur Krankenpflege. Für Damen auf Wunsch weibliche Bedienung. Lieferant für alle Krankenkassen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Bodenleger **Wilhelm Groke**

am 14. Dezember nach kurzer Krankheit verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser Friedrich-Gedächtnis-Kirchhofes in Pflögensee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 99/15 Die Ortsverwaltung. Die Bodenleger versammeln sich um 1 1/2 Uhr bei Ida Hoppe, Pflögensee 99/15

Sonnabendnachmittag entließ sich nach langem, gebuldig getragenen Leiden der Lederwarenfabrikant **Hermann Adam**

im Alter von 42 Jahren. Dies gelte tief betrübt an **Die trauernden Hinterbliebenen.** Die Trauerfeier findet am Dienstagnachmittag 2 1/2 Uhr im Siederbaue Groß-Lichterfelde, Dörfnerstr. 18, statt. 94/4

Dankagung. Allen Freunden und Verwandten, sowie den Genossen der Bezirke 102, 103, 104 meinen herzlichsten Dank für die große Teilnahme bei der Beerdigung meiner mir durch den Tod entrissener lieben Frau 1981b **Minna Oberg.** Der trauernde Gatte **Max Oberg.**

Dankagung. Allen Verwandten, Freunden und Bekannten unserer herzlichsten Dank für die liebevolle Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau und guten Mutter. **Wilhelm Funk** nebst Tochter und Eltern.

Teppiche Riesenposten Teppiche mit Webfehlern, zirka 200x300 11.75, 250x350 16.50, 300x400 20.00. Tischdecken, Sofa-decken, Stoppdecken, Stores, Portieren, Felle spottbillig. **Teppichhaus L. Lefèvre** Berlin nur Potsdamerstr. 105b (kein Laden). Nach Auswärts per Nachnahme. 94/5

Größte Puppenfabrik Berlins

P. R. Zierow,

Berlin N. 37, Schönhauser Allee 179

Eigene Fabrikation.



Größtes Lager von Kugelhakenpuppen, Döllchen, Köpfen, Perücken, gekleideten Puppen, Puppenartikeln, sämtlichen Reparaturen und allen Ersatzteilen.

Engros und Einzelverkauf. Kein Laden.

Engelhardt-Malzbier

das hellste, überall käuflich.

Preis 10 Pf. pro Flasche.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf., Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei Deutschlands.

Unserem Genossen 12362 **Ernst Menzel** zu seinem 60. Geburtstag die herzlichste Gratulation. Die Genossen des 499. Bezirks.

Sozialdemokratischer Wahlverein Reinickendorf-Ost.

Am Sonnabend verstarb unerwartet, treuer, braver Genosse, der Zählermeister **Heinrich Klingmann**

Gebürt. 10. Ein gläubender Hasser der Bourgeoisie ist in ihm dahingegangen. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße in der Humboldtstraße aus statt. 922/17 Der Vorstand.

Gesangverein „Glück zu“

(R. d. H.-S.-S.). Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Sangesbruder **Heinrich Klingmann**

gestorben ist. Wir verlieren in ihm einen treuen Sangesbruder. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 1975b Der Vorstand.

Georg Schumann

im 51. Lebensjahre. Dies geht tief betrübt an Frau **Martha Schumann** geb. Witschel nebst Kindern. Die Beerdigung findet Mittwoch, den 18. d. M., von der Leichenhalle des Kirchhofes der Nazareth-Gemeinde, Reinickendorf, Berlinerstraße, nachmittags 2 Uhr, statt.

Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 15. d. M., verstarb unser lieber Kollege **Georg Schumann**

im 51. Lebensjahre. Wir verlieren in ihm einen unserer besten und anständigsten Freunde und Arbeiter und werden sein Andenken stets in Ehren halten. Das Personal der Buchdruckerei **Paß & Garleb** O. M. d. S.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. **Todes-Anzeige.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugmacher **Bruno Kühn**

gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofes in Schöneberg, Waggstraße, aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 94/16 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.** Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmelzer **Herm. Thimm**

am 12. d. M. gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!** 161/18 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Müller und Schemmachers zu Berlin.

Todes-Anzeige. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der 2. Vorsitzende, Herr **Leopold Schmah**

am 14. Dezember, im Alter von 83 Jahren verstorben ist. **Ehre seinem Andenken!** Die Beerdigung findet am Dienstag, den 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes in Wahrensee statt. 280/13 Der Vorstand.

Saal 25. Januar und 29. Februar

nach zu vergeben. 11292* billig zu haben **Brünnestr. 188 bei Fritz Wilke.**

Parteitag für das westliche Westfalen.

Namen, 16. Dezember.

Am Samstag und Sonntag fand im stimmungsvoll geschmückten Saale der Wirtschaft Hefelmann in Namen der Parteitag für das westliche Westfalen statt.

Anwesend waren 44 Delegierte und zwar von Dortmund 20, von Bochum 11, von Hamm-Soest 6 und von Redlinghausen 6.

Den Bericht des Landesvertrauensmannes erstattete Genosse Max König: Die Organisation hat ihre Feuerprobe bei den plötzlich notwendig gewordenen Reichstagswahlen 1906/07 glänzend bestanden.

Die Zahl der Mitglieder von 8000 1905 auf 8073 1907, im Wahlkreise Bochum in demselben Zeitraum die Ortsgruppen von 19 auf 77, die Mitglieder von 814 auf 4610.

Insgesamt ist also in den zwei Jahren die Zahl der Ortsgruppen von 84 auf 181, die Zahl der Mitglieder von 4032 auf 13284 gestiegen.

Bei der Verichterstattung über den Internationalen Kongreß entspannt sich über die Einwanderung fremder Arbeiter, einem Punkt, der für die Arbeitgeber des Industriegebietes von besonderem Interesse ist, eine lebhafte Debatte.

Die Vorarbeiten zur Reichstagswahl vollzogen sich schnell und präzise. Was in der stebemündigen Wahlkampagne geleistet ist, sticht den Genossen das beste Zeugnis aus.

Die Genossen des westlichen Westfalen sind im Agitationsbezirk 7 1/2 Millionen Agitationschriften zur Verteilung gekommen und neben den Vereinderwerbungen, Sitzungen usw. haben 203 öffentliche Wählerversammlungen stattgefunden.

Die Genossen des westlichen Westfalen sind im Agitationsbezirk 7 1/2 Millionen Agitationschriften zur Verteilung gekommen und neben den Vereinderwerbungen, Sitzungen usw. haben 203 öffentliche Wählerversammlungen stattgefunden.

liberale blieben in ihrem Wachstum erheblich hinter uns zurück. Die sozialdemokratischen Stimmen stiegen.

Table with 2 columns: Ort, Stimmenzahl. Includes Dortmund (33 305), Hamm-Soest (5 497), Redlinghausen (8 807).

Die Presse hat gute Fortschritte gemacht; das Bochumer „Volksblatt“ konnte erst neulich von einer hoch erfreulichen Steigerung der Auflage berichten und die Dortmunder „Arbeiterzeitung“ hat trotz des Abganges von Essen und Duisburg ihre alte Auflage ungefähr erhalten.

Von den vorliegenden Anträgen betreffen die meisten Organisation, Agitation und Presse. Ein Antrag verlangt, daß alle drei Monate eine Gemeindevertreter-Konferenz stattfinden habe.

Der Antrag wurde angenommen. Zum Landesvertrauensmann wird hierauf Genosse Max König wiedergewählt.

Als Ort für den nächsten Parteitag wird Namen gewählt. Mit einem begeisterten und begeisternden Appell zu weiterer fruchtbringender Parteilarbeit schloß Genosse König den Parteitag.

Bei der Verichterstattung über den Internationalen Kongreß entspannt sich über die Einwanderung fremder Arbeiter, einem Punkt, der für die Arbeitgeber des Industriegebietes von besonderem Interesse ist, eine lebhafte Debatte.

Die Vorarbeiten zur Reichstagswahl vollzogen sich schnell und präzise. Was in der stebemündigen Wahlkampagne geleistet ist, sticht den Genossen das beste Zeugnis aus.

Die Genossen des westlichen Westfalen sind im Agitationsbezirk 7 1/2 Millionen Agitationschriften zur Verteilung gekommen und neben den Vereinderwerbungen, Sitzungen usw. haben 203 öffentliche Wählerversammlungen stattgefunden.

Die Genossen des westlichen Westfalen sind im Agitationsbezirk 7 1/2 Millionen Agitationschriften zur Verteilung gekommen und neben den Vereinderwerbungen, Sitzungen usw. haben 203 öffentliche Wählerversammlungen stattgefunden.

Genosse Scheibe-Dortmund warnte vor Kompromissen und meint insbesondere, daß mit den christlich organisierten Arbeitern wie in allen ersten politischen Fragen auch in dieser Frage nichts anzufangen sei.

Genosse König sprach über die Vorbereitungen zur Landtagswahl. Er legt seine Vorschläge in folgendem Entschluß zusammen: 1. Der Provinzialparteitag wählt ein Zentral-Landtagswahlkomitee ein, das die Landeskommission mit dem Landesvertrauensmann bildet.

2. Jeder Landtagswahlkreis bildet ein Kreiskomitee, das aus drei Mitgliedern bestehen soll; 3. der Parteitag macht den Parteigenossen zur Pflicht, unverzüglich die Vorarbeiten für die Landtagswahl, besonders die Erwerbung der preussischen Staatsangehörigkeit, in die Hand zu nehmen;

4. zwecks Gründung eines Landtagswahlfonds hat das Zentral-Landtagswahlkomitee sofort Geldsammlungen durch Herausgabe von Sammelheften usw. im ganzen Agitationsbezirk in die Wege zu leiten.

Der Antrag wird angenommen. Zum Landesvertrauensmann wird hierauf Genosse Max König wiedergewählt.

Als Ort für den nächsten Parteitag wird Namen gewählt. Mit einem begeisterten und begeisternden Appell zu weiterer fruchtbringender Parteilarbeit schloß Genosse König den Parteitag.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Station, am 15.12., seit 14.12., Station, am 15.12., seit 14.12. Lists stations like Remel, Lütke, Weichel, etc.

Witterungsübersicht vom 16. Dezember 1907.

Table with 4 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke. Lists stations like Solms, Damburg, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 17. Dezember 1907.

Zunächst aufklarend und trocken bei mäßigen (Abendlichen) Winden, milderer Nacht und langsam steigender Tagestemperatur; später wieder zunehmende Bewölkung.

Advertisement for B. Hurwitz featuring 'Sensationelle Gelegenheiten!' and a list of carpets with prices. Includes text: 'jetzt ca. 40% billiger'.

Advertisement for Leih-Haus Friedrich-Karl-Platz 12, Charlottenburg.

Advertisement for D. Lechner 'Auf Kredit! 1 Mark pro Woche!' for Garderoben and furniture.

Large advertisement for BAER SOHN featuring 'Nützlichste Festgeschenke!' and 'Winter-Joppen'. Includes an illustration of a man in a coat and various product prices.

Advertisement for Dr. Schünemann 'Haut- und Halsleiden, Frauenkrankheiten'.

Advertisement for Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg.

